

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Stadtvertretung**

25.11.2024

Niederschrift

über die 3. Sitzung der Stadtvertretung am Mittwoch, 13.11.2024

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Sitzungssaal, Marktplatz 1

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 20:58 Uhr

Unterbrechungen: 16:58 Uhr bis 17:18 Uhr
18:47 Uhr bis 19:00 Uhr
20:18 Uhr bis 20:30 Uhr

Anwesenheit: Soll 43 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist 39 Mitglieder der Stadtvertretung
90,70 %

Anwesend:

Vorsitzender

Ratsherr Thomas Gesswein

CDUplus

stellv. Vorsitzende

Ratsherr Jens Kreutzer

BSW/BfN

Ratsfrau Ina Paulitschke

SPD/Grüne

Gremiumsmitglieder

Ratsherr Jörg Albrecht

SPD/Grüne

Ratsfrau Mandy Arndt

AfD

Ratsfrau Dr. Sabine Balschat

BSW/BfN

Ratsherr Jörg Borchert

CDUplus

Ratsherr Björn Bromberger

CDUplus

Ratsherr Steffen Bülow

CDUplus

Ratsherr Nicola D'Aniello

CDUplus

Ratsherr Prof. Dr. Michael Ernst

Projekt NB

Ratsherr Peter Fink

AfD

Ratsfrau Vanessa Freund

SPD/Grüne

Ratsherr Steven Giermann

CDUplus

Ratsherr Tim Großmüller

Fraktionslos

Ratsherr Holger Hanson

Projekt NB

Ratsherr Bernd Herrmann

Projekt NB

Ratsherr Olaf Jammrath

BSW/BfN

Ratsherr Toni Jaschinski

fraktionslos, (für SPD/Grüne +ZG)

Ratsherr Dr. Rainer Kirchhefer

SPD/Grüne

Ratsherr Jörg Kracht

AfD

Ratsfrau Anett Kreutzer
 Ratsherr Dr. Roman Kubetschek
 Ratsherr Jan Kuhnert
 Ratsherr Holger Mieth
 Ratsfrau Caterina Muth
 Ratsfrau Gritta Neumann
 Ratsherr Maik Ohlenforst
 Ratsherr Kay Reinders
 Ratsfrau Antje Rohde
 Ratsherr Olaf Schanz
 Ratsherr Robert Schnell
 Ratsherr Heiko Schröder
 Ratsherr Thomas Schröder
 Ratsherr Hans-Jürgen Schwanke
 Ratsherr Michael Stieber
 Ratsfrau Sigrid Strelow
 Ratsfrau Sibylle Weber
 Ratsherr Raphael Wittek

BSW/BfN
 Projekt NB
 BSW/BfN
 fraktionslos, (für SPD/Grüne +ZG)
 fraktionslos, (für SPD/Grüne +ZG)
 CDUplus
 AfD
 fraktionslos, (für SPD/Grüne +ZG)
 BSW/BfN
 AfD
 AfD
 CDUplus
 BSW/BfN
 BSW/BfN
 SPD/Grüne
 AfD
 AfD
 CDUplus

Abwesend:

Gremiumsmitglieder

Ratsherr Prof. Dr. Roman F. Oppermann	SPD/Grüne
Ratsherr Roland Fanselow	AfD
Ratsherr Harry Hahne	Projekt NB
Ratsfrau Yvette Schöler	CDUplus

Anwesende Stadtverwaltung

Herr Witt	Oberbürgermeister
Herr Modemann	1. Stellvertretung des Oberbürgermeisters
Frau Piotrowski	2. Stellvertretung des Oberbürgermeisters
Herr Meyer zu Schlochtern	Fachbereichsleiter Schule, Kultur, Sport und Recht
Herr Murawski	Leiter Büro des Oberbürgermeisters
Herr Schwabe	Betriebsleiter Eigenbetrieb Immobilienmanagement
Herr Bachmann	Beauftragter Beteiligungsmanagement
Frau Brecht	Abteilungsleiterin Stadtplanung
Frau Kutzik	Leiterin Rechnungsprüfungsamt
Frau Kapler	Leiterin Büro der Stadtvertretung
Herr Grömke	Leiter Presse, Medien und Öffentlichkeitsarbeit
Herr Renner	Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung
Frau Kunze	Abteilungsleiterin Ordnung, Verkehr und Gewerbe
Frau Seugling	Presse, Medien und Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Stadtpräsident **Gesswein** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er weist auf verschiedene Anträge zur Anfertigung von Ton- und Bildaufnahmen von Medienvertretenden hin und bittet die Mitglieder der Stadtvertretung zur Abstimmung darüber. Den Anträgen wurde einstimmig entsprochen.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Stadtpräsident **Gesswein** weist auf die Datenschutzerklärung hin und eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Herr **Rahmsdorf**: „Ja, Markus Rahmsdorf, Bürger der Stadt Neubrandenburg. Eine gezielte, oder gezielte Fragen an die BSW, AfD und Stabile Bürger für Neubrandenburg, also Tim Großmüller. Die Sicherheitslage in Neubrandenburg, laut Statistik, hat sich erhöht im Gegensatz zum Jahr 22 auf 23 und die Vorbeugung der Kriminalstatistik in Neubrandenburg würde mich interessieren, was Sie für Lösungen haben. Das zweite ist mehr Jugendarbeit, mehr Jugendclubs in Neubrandenburg sind angebracht, damit die Jugendlichen nicht mehr Straftaten begehen oder auch sich mehr in der Freizeit dort beschäftigen können. Die letzte Frage ist, wir bräuchten auch mehr Streetworker in Neubrandenburg. Was sind Ihre Lösungsvorschläge?“

Ratsherr **Großmüller**: „Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren, auf die Beantwortung von Herrn Rahmsdorf möchte ich sagen, dass wir, als Stabile Bürger diverse Anträge und Anfragen gestellt haben, weil uns diese Problematiken selber auch ins Auge gestochen sind. Wir haben Gespräche mit Polizisten geführt, die uns geschildert haben, das erhebliche Einschnidungen und Herabsetzungen des Dienstes geben wird, das die Bestreifung der Stadt Neubrandenburg erheblich runtergesetzt wird, was natürlich die Sicherheit der Stadt Neubrandenburg im negativen beeinflussen wird. Wir sind an die Stadt herangetreten, ehemalige Sicherheitskonzepte uns nochmal aufzuarbeiten, wie die umgesetzt werden. Das wird nicht so nach unseren Vorstellungen beantwortet. Wir müssen klar erkennen, dass die Sicherheit der Bürger nicht mehr gewährleistet ist, dass Sicherheitsaufgaben, die auch durch das Ordnungsamt übernommen werden hätten können, werden für Blitzmaßnahmen, Parkticket abgestellt. Also, Sicherheitsmaßnahmen gibt es neubrandenburgstechnisch einen erhebliche Defizite, die wir versuchen, auch mit aufzuarbeiten. Bezüglich der Jugendclubproblematik haben wir auch schon diverse Anträge gestellt, Lösungsvorschläge unterbreitet. Ich selber habe mir ein Jahr den Kinder- und Jugendausschuss angetan; musste dort feststellen, dass dort nicht zielorientiert gearbeitet wird. Also, Katastrophe. Das zu der Beantwortung von Herrn Rahmsdorf von unserer Seite, oder von meiner Seite.“

Ratsherr **Kuhnert**: „Ja, recht vielen Dank, Herr Präsident, Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Rahmsdorf. Ich habe im Zuge eine Beschlussvorlage von heute eine Anfrage zur Kriminalstatistik bzw. zur Erhebung erfragt, ob es bestimmte Brennpunkte in Neubrandenburg gibt. Die ist mir letzte Woche auch zugegangen. Wir werden uns damit in einer der nächsten Fraktionssitzungen auch beschäftigen. Das Thema Jugendclubs haben wir tatsächlich mit auf der Agenda für diese Wahlperiode. Verzeihen Sie, wenn wir das jetzt noch nicht ganz nach vorne gesetzt haben, obwohl es ein sehr wichtiges Thema ist. Aber, wir hatten in den letzten zwei Sitzungen, Stadtvertretersitzungen, noch nicht die Gelegenheit, uns damit in empirischer Tiefe und bei den Streetworkern bin ich völlig bei Ihnen, dass wir dort sicher mehr Streetworker brauchen können. Ich finde aber auch, das gehört zur Wahrheit, dass wir auch ein Stück weit Eigenverantwortung von Jugendlichen erwarten können und nicht alles über Streetworker abbilden können. Dankeschön.“

Ratsherr **Schwanke**: „Ja, Herr Präsident, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, Herr Rahmsdorf, im Prinzip haben wir die gleichen Auffassungen. Die Antwort wird ja von der Verwaltung kommen, dass die Jugendarbeit im Kreis angesiedelt ist. Aber, Sie wissen ja auch, dass wir in den letzten 20 Jahren ganz gewaltigen Abbau von Jugendclubs hatten und die Folge, das jetzt wieder einzuholen, ist finanziell äußerst kompliziert. Zumal personell auch die Umsetzung ganz schwierig wird. Bei den anderen Fragen sind wir konform, da müssen wir nochmal drüber reden. Ich lad Sie auch gerne mal in den Ausschuss ein – Klima, Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit für Neubrandenburg – da wird das thematisiert. Zweite Frage, Herr Großmüller. Ich bin der Meinung, ich bin ja dieser Ausschussvorsitzende, und vieles was Sie anzeigen und darstellen ist ja das, was man auf der Straße empfindet, was man denkt, was man sagt. Aber ich muss ganz ehrlich sagen, ich widerspreche der Aussage, in Neubrandenburg ist man sich nicht sicher. In keinem Fall. Neubrandenburg ist für mich eine sehr sichere Stadt und bis jetzt können wir noch zufrieden sein, dass wir das so beherrschen. Dass das Personal in der nächsten Zeit kaum ausreichen wird, um dort etwas Einfluss zu nehmen, wo es Schwerpunkte gibt – müssen wir dran arbeiten. Ein Sicherheitskonzept, beschlossen von der Stadtvertretung, gibt es. Wir sind dabei, auch im Ausschuss, auch mit der Verwaltung daran zu arbeiten, das zu aktualisieren, da lade ich Sie auch gerne nochmal mit ein, Ihre Hinweise sind da sehr wertvoll, dass wir das Sicherheitskonzept anpassen, dass wir auch das ein oder andere eventuell aktualisieren, was Videoüberwachung betrifft, was Zonen betrifft. Also, wir wollen unseren Leuten ja keinen Überwachungsstaat anbieten, aber das sichere Gefühl, in meiner Heimatstadt gerne und vernünftig zu leben und zu wohnen und dort, wo Vorfälle sind, da sollte man dann auch dementsprechend einschreiten. Ich bin gerade reingekommen bei einer Diskussion, bei einer Versammlung vor dem Haus. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, wenn ich da sechs Sätze zuhöre und da sind drei die Unwahrheit, da habe ich große Schwierigkeiten, damit umzugehen. Ich wollte mich dort aber nicht einmischen. Aber es ist ja heut noch darüber zu reden. Dankeschön.“

Ratsherr **Dr. Kirchhefer**: „Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Anwesende. Ich denke es ist wichtig, dass wir bei Fragen, die uns alle betreffen, dass wir da auf Faktenbasis argumentieren. Und die Fakten werden dargestellt. Irgendwelche Mutmaßungen über Unsicherheiten verursachen Unsicherheiten und dienen vielleicht irgendwelchen anderen Motiven, aber, ich denke, wichtig ist, dass wir uns mit den Fakten in der Stadt auseinandersetzen, da wird ja eine Beantwortung kommen, ob das so stimmt. Da sind ja Tatsachenbehauptungen jetzt gefallen, die natürlich dann auch dann entsprechend gewertet werden müssen. Ich find das ganz schwierig, dass da Sachen in den Raum gestellt werden, ohne dass man das einigermaßen belegen kann. Und ich denke, wir sollten uns hier in den Diskussionen in der Stadtvertretung an Tatsachen orientieren und nicht an Mutmaßungen. Dankeschön.“

Ratsherr **Großmüller**: „Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, meine Damen und Herren. Es wäre ja mal ganz gut im Zuge dessen, dass wir uns da mal jemanden von der Kriminalpolizei Neubrandenburg mal einladen, der dann mal diese Unwahrheiten kundtut und mal Stellung beziehen kann, wie die Kriminalstatistik ist. Also, ich habe mir aus der Kriminalstatistik 2023 Daten rausgezogen, dass wir 564 % Anstieg in z. B. Kinderpornographie haben in der Stadt Neubrandenburg. Das wäre ja mal eine zielführende Sache, also, dass wir uns jetzt hier nicht irgendwo in welchen Phrasen wieder irgendwo erschlagen. Wir laden uns einfach Leute ein, die Expertise haben und die können wir dann befragen. Also, ich kann mich persönlich dran erinnern, dass wir im Endeffekt in den letzten zwei, drei Monaten zwei Totschlagdelikte hier in Neubrandenburg hatten, wo vor dem Kino dort zwei Leute niedergeschossen wurden. Letztes Jahr hatten wir eine Tötung. Also, das habe ich die letzten fünf, sechs, sieben, acht Jahre hier in Neubrandenburg nicht so erlebt. Also, ich weiß nicht, wo Sie alle wohnen, in Broda, in Ihren geschützten Gebieten? Die Leute in der Oststadt, auf dem Datzeberg und diversen anderen Vierteln, die nicht so behütet wohnen wie Sie alle, die haben da eine ganz andere Empfindung. Dankeschön.“

Es liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung durch Rats Herrn Giermann vor.

Rats Herr **Giermann**: „Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, ich würd einfach drauf hinweisen, dass wir uns im Tagesordnungspunkt Einwohnerfragestunde beschäftigen. Ich möcht einfach mal die, also, hinterfragen, wie zielführend das ist, jetzt auf Hypothesen hier solche Diskussionen zu führen. Ich würd vorschlagen, dass wir die Fragen aufnehmen und dann gibt es, und das hat Rats Herr Schwanke ja richtig gesagt, die Fachausschüsse, da sollten wir das dann diskutieren. Aber A in Frage der Machbarkeit und B in Frage der Sachlichkeit und der Tiefe und der Vorbereitung von Diskussionen, glaube ich, ist das jetzt hier wenig zielführend.“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Danke, Rats Herr Giermann. Ich pflichte Ihnen da bei und bin auch der Meinung, dass die Fragen und die Fakten, die jetzt auch von Rats Herrn Großmüller genannt wurden, dann im zuständigen Ausschuss gestellt werden und beantwortet werden und diskutiert werden. Und Rats Herr Großmüller, Sie sind herzlich eingeladen, die Termine der Ausschusssitzungen sind ja öffentlich, dort dann auch teilzunehmen.

Dann kommen wir zum nächsten ... die Beantwortung, Herrn Rahmsdorf, erfolgt dann schriftlich, Ihrer Fragen. Dann kommen wir zur nächsten mir vorliegenden Frage von Herrn Thomas Zellmer. Herr Zellmer, Sie haben das Wort.“

Herr **Zellmer** vom Latücht – Film und Medien e. V. berichtet über die ehrenamtliche Vereinsarbeit, die zur kulturellen Vielfalt, insbesondere der Medienbildung für Jugendliche, der Stadt beitrage. Der Verein habe rund zweihundert Mitglieder, von denen sich ca. fünfzig aktiv engagieren.

Der Verein habe Schwierigkeiten ausgeschriebene Positionen zu besetzen. Festangestellte erhielten geringfügig mehr als den gesetzlichen Mindestlohn. Die so anfallenden Aufgaben würden durch Ehrenamtliche erledigt. Stellvertretend für den Verein bittet Herr Zellmer die Mitglieder der Stadtvertretung in der kommenden Haushaltsdiskussion die Situation des Latüchts zu bedenken und das Budget entsprechend zu erhöhen.

Frau **Kuboth** informiert über das Thema „Fair Trade Town“. Die Umsetzung des Projekts sei nicht durch einen Verein umsetzbar; es bedürfe einer Antragstellung in der Stadtvertretung sowie der Gründung einer Steuerungsgruppe, welche beim Oberbürgermeister angesiedelt werden müsse. Dann könne ein Verein wie der „Eine Welt - Nueva Esperanza e.V.“ in dieser Gruppe mitwirken.

Weiterhin nimmt Frau Kuboth Bezug auf die Leitlinie der Körber Stiftung für die Diskussionskultur in der Stadtvertretung von Neubrandenburg. Diese sollte auch im Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden.

Ein weiterer Punkt ist die Darstellung des Sitzungskalenders der Stadtvertretung Neubrandenburg. Dieser enthalte nicht zuordenbare Abkürzungen. Hier wünscht Frau Kuboth sich Abhilfe.

Herr **Hahlweg** kritisiert die verzögerte Beantwortung seiner Fragen aus der Sitzung der Stadtvertretung am 09.10.2024 und bittet erneut um Auskunft zur Verwendung der Fördermittel für die Grundschule Datzeberg.

Oberbürgermeister **Witt** antwortet, man habe für die Grundschule Städtebaufördermittel für die Sanierung der Fassade, dem Austausch der Fenster, sowie für die Verschattungsmöglichkeiten erhalten. In einem zweiten Schritt sei geplant gewesen, die Heizungsanlage zu erneuern und den Brandschutz zu ertüchtigen. Im Planungsprozess dieser Maßnahmen sei erkennbar geworden, dass diese nicht wirtschaftlich umsetzbar geworden wären. Darauf folgend wurde nach einem neuen Standort für die Grundschule gesucht und man sei im naheliegenden Datzecenter fündig geworden. Die von Herrn Hahlweg genannten Fördermittel habe die Stadt Neubrandenburg demnach nicht erhalten.

Stadtpräsident **Gesswein** verliest eine Email von Herrn Dressler. Herr Dressler beanstandet die unzureichende Beleuchtung im Vogelviertel, Elsterweg.

Stadtpräsident Gesswein sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau **Rauch**: „Hallo, ich bin Lea Sophie Rauch und ich wohne in Neubrandenburg. Ich bin hier, wie viele andere junge Leute, weil wir uns Fragen stellen. Also, ich studiere hier in Neubrandenburg, bin hergezogen und ich wohne seit ein paar Jahren hier. Und ich frag mich, was für 'n Bild die Stadt Neubrandenburg auf junge Leute quasi werfen möchte oder quasi abbilden möchte, wie sie junge Leute erreichen möchte. Weil, viele Studierende fragen sich in der heutigen Zeit, ja, wollen wir hierbleiben oder wieder wegziehen? Und nach den letzten Ereignissen geht die Meinung ganz gerichtet in die Richtung: Nee, wir ziehen hier lieber weg, als hier zu bleiben. Was ich total schade finde, weil die Stadt sehr viel Potential hat und sehr viel Potential, dass man was bewirken kann, dass man irgendwie kreative Projekte hier, naja, anbringen kann, ausleben kann, machen kann. Eigentlich gibt's sehr viel Gestaltungsräume, die man nutzen kann, die leider in der Sicht von vielen jungen Leute heutzutage nicht mehr so attraktiv erscheinen. Und ich habe die Frage an die Stadtvertretung, an die Ratsherren: Was für 'n Bild wollt ihr nach außen präsentieren und wie wollt ihr das umsetzen, mit welchen Entscheidungen. Und ich bitte auch wirklich da na also vorher nochmal innezuhalten, zu überlegen, welche Entscheidung wollen wir heute treffen und was bewirkt diese Entscheidung. Und weiter frage ich mich auch, wie soll Vertrauen wieder von Bürgerinnen zurückgewonnen werden, was gebrochen wurde durch die letzten Aktionen, weil das Gefühl ausgelöst wird, hier werden Entscheidungen getroffen, die irgendwie hinterher bereut werden. Wo man sagt: ‚Oh, wussten wir ja gar nicht, dass das solche Auswirkungen hat.‘ Und das wirft ein ganz, ganz komisches Bild. Und ja, die Fragen stelle ich hier gerne und ich bitte wirklich: Machen Sie sich darüber Gedanken. Und ich würde mich über eine Rückmeldung freuen. Danke.“

Oberbürgermeister **Witt**: „Ja, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Ratsfrauen und Ratsherren, Sie haben mich zwar jetzt direkt nicht angesprochen. Aber ich fühl mich natürlich, wenn Sie so einen Satz sagen wie: Sie fühlen sich in der Stadt nicht wohl und Ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen überlegen dann eher, die Stadt zu verlassen nach dem Studium, da fühle ich mich natürlich angesprochen, wenn Sie so etwas sagen. Weil ich Sie darum bitte, das natürlich nicht zu tun und sich stattdessen weiter einzubringen in unsere Stadt und vielleicht noch verstärkt einzubringen, um zu zeigen, wie lebenswert diese Stadt ist und dass diese Stadt ein unglaubliches Potential hat – gerade für Menschen wie Sie. Und, dass wir reflektierte Menschen brauchen, dass wir Menschen brauchen, die kreativ sind, die diese Stadt lieben und sie mitgestalten wollen; vielleicht auch in Aspekten, die diese Stadt noch nicht hat. Menschen, die nicht ängstlich sind, sondern Menschen, die mutig sind und wollen, dass diese Stadt eine bunte Stadt ist und nicht sich rückwärtsgewandt verhält. Und daher bitte ich Sie und Ihre Kommilitonen, solche Entscheidung vielleicht zu überdenken und gemeinsam die Kraft zu entwickeln, diese Stadt weiter zu entwickeln. Dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar.“

Ratsherr **Großmüller**: „Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, meine Damen und Herren. Zu Beantwortung dieser Frage möchte ich kurz nur ausführen, dass hier in der Stadt Neubrandenburg jeder willkommen ist, der die Werte der Demokratie teilt. In einer Demokratie ist es wichtig, dass es differenzierte Meinungen gibt. Und wenn man die Diskussion sich mal jetzt anschaut, jeden zum Staatsfeind zu erklären, nur, weil er eine andere Meinung hat bezüglich irgendeiner Fahne, die auch von dem Bürgermeister für Sachen herangezogen wurde, um gegen politische Gegner zu hetzen, da muss man sich überlegen, ob man so ne Leute hier in Neubrandenburg haben möchte...“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Ratsherr Großmüller, ich bitte Sie, solche Meinungsäußerungen zu unterlassen. Das geht ins Persönliche, das hat hier nichts zu suchen.“

Ratsherr **Großmüller**: „Wenn ich weiter ausführen darf, die meisten Studenten verlassen eh die Stadt Neubrandenburg. Unsere Politik soll darauf ausgelegt sein, um den Bürgern, die hier in Neubrandenburg tagtäglich arbeiten, die fleißigen Bürger der Stadt, dort ein sicheres zu Hause zu geben. Wir können uns ja mal die Fluktuation der Studenten angucken, wer da tatsächlich hierbleibt, das sind größtenteils Sozialpädagogen. Der Rest wandert eh ab. Und wenn die Stadtvertreter meinen, hier eine Politik zu führen, dass sich hier Studenten wohl

fühlen, die in ihren 30 Semestern, die sie hier manchmal leben, weil sie ihren Numerus clausus in den westdeutschen Bundesländern nicht schaffen, dann kann das so sein. Das widerspiegelt aber nicht dem Ansinnen, dem Gros der Stadtbevölkerung.“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Ratsherr Großmüller, danke für Ihre Äußerungen. Also, mit diesen Äußerungen gewinnen Sie sicherlich keinen Einwohner für Neubrandenburg, das kann ich Ihnen schon mal versichern. Und vielleicht kennen Sie auch den Unterschied nicht zwischen Bürgerinnen und Einwohnern. Einwohner sind alle, die hier leben. Bürger sind die, die hier ihren Wohnsitz haben, ihren ständigen, gemeldeten Wohnsitz. Und jeder Stadt tut es doch gut, wenn sie möglichst viele Bürger hat. Und ich würde es begrüßen, wenn auch möglichst viele Studierende nach ihrem Studium hier in Neubrandenburg wohnen bleiben und unsere Stadtgesellschaft bereichern. Soweit mein Statement dazu. Herr Hahlweg, bitte.“

Herr **Hahlweg**: „Ja, sehr geehrter Herr Bürgermeister, erstmal danke für Ihre Ausführungen. Leider ist es in diesem Pressebericht 2020 ganz anders geschrieben worden.“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Herr Hahlweg, ich muss Sie jetzt wirklich unterbrechen.“

Herr **Hahlweg**: „Ja, ist gut.“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Aber wirklich. Wir haben das Thema in der letzten Stadtvertretung ausdiskutiert. Sie haben heute eine Antwort bekommen vom Oberbürgermeister. Damit ist es genug. Warten Sie bitte noch weitere Antworten ab.“

Herr **Hahlweg**: „Ja, ich warte auf die Antworten von der letzten Stadtvertretersitzung. Und das heute, mit den Vertragsstrafen, verstehen Sie bitte auch alle als Frage. Und ich erwarte diesmal wirklich schriftliche Antworten. Und nicht erst nach 6 Wochen, bis die nächste Sitzung ist.“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Ich habe das verstanden, Herr Hahlweg.“

Herr **Hahlweg**: „Die Stadtvertreter sollten endlich mal ihre Arbeit dann auch wahrnehmen. Dankeschön.“

Ratsherr **Hanson**: „Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Ratsfrauen und Ratsherren. Ich kann mich leider, Frau Rauch, nur halb umdrehen, aber ich war ja eben bei Ihnen. Ich glaube, Ihnen versichern zu können, dass die Mehrheit in der heutigen Stadtvertretersitzung Ihre Fragen und Hinweise sehr positiv verstanden und aufgenommen hat. Und wir freuen uns, wenn auch junge Menschen Wahrnehmungen uns vermitteln, über die wir nachdenken und die wir auch aufnehmen und dann mit Ihnen diskutieren werden. Und gestatten Sie mir, Herr Stadtpräsident, wir sind schon wieder in einer Phase, wo wir uns mit Dingen beschäftigen, die eigentlich da schon sehr deutlich beschrieben sind. Und da geht nun wirklich, ja, meine Mahnung an alle: mäßigen wir uns ein bisschen, weil, diese Art der Kommunikation, glaube ich, ist unseres Hauses nicht würdig.“

Ratsherr **Großmüller**: „Sehr geehrter Stadtpräsident, meine Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch. Natürlich ist hier in Neubrandenburg jeder herzlich willkommen. Aber nur in dem Sinne, dass er auch andere Meinungen zulässt. Und in der Argumentation muss es immer klar sein, man muss am Ende des Tages nicht mit derselben Meinung aus einem Raum gehen, aber muss auch die Meinung des anderen versuchen zu verstehen. Und das soll das Ziel einer Demokratie sein. Und es kann nicht sein, dass Leute ausgegrenzt werden, und das ist hier in der Stadtvertreterversammlung extremst, ich möchte Sie bloß an Ihre Rede zu der Holocaust-Gedenkfeier dort machen, wo Sie eine demokratisch legitimierte Partei dort mit der NSDAP gleichgesetzt haben. Das gehört sich einfach nicht. Also, lassen Sie uns einen ordentlichen demokratischen Kontext hier führen, ordentlich miteinander sprechen. Aber, das ist jetzt nicht Einbahnstraßenpolitik. Dankeschön.“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Danke, Ratsherr Großmüller. Wenn Sie die Rede richtig verfolgt haben, die ich am Samstag gehalten habe, dann habe ich zitiert.“

Ratsherr Giermann, Sie haben das Wort.“

Ratsherr **Giermann**: „Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Rauch. Als, ich glaube, jüngster Stadtvertreter in diesem Hause, haben mich Ihre Worte, die Sie formuliert haben, bewegt. Weil das Fragen sind, die ich, meine Generation und, durch meinen Job, viele junge Leute in dieser Stadt, sich stellen. Und, Sie haben, und das, muss ich sagen, das haben Sie ganz gut formuliert, Sie haben in Ihrer Rede sehr deutlich gemacht, das hängt nicht nur an einem Symbol, sondern das hängt an der gesamten Frage, wie wir miteinander in dieser Stadt leben wollen. Und wenn Sie diese ersten Minuten dieser Stadtvertretung verfolgen, ich glaube, dann treiben Sie noch mehr dieser Sorgen um, die Sie eben eigentlich formuliert haben. Da werden Dinge behauptet, die nicht nachgewiesen werden können, werden Vorurteile geschürt. Und ich glaube, wir sind an einem Punkt, wo wir uns in unserer Stadt fragen müssen, wie wir wirklich miteinander umgehen wollen. Wie wir zukünftig es schaffen wollen, übrigens über die Parteigrenzen hinweg, sachlich und vernünftig miteinander zu sprechen und vor allem, und das ist sicher der entscheidendste Punkt, jeden in dieser Stadt willkommen zu heißen. Neubrandenburg ist eine Stadt, und das ist übrigens nicht meine Meinung, das ist das beschlossene Leitbild dieser Stadt, die vielfältig ist. Und Vielfalt ist nicht übrigens Regenbogen. Vielfalt heißt, dass wir Menschen mit ihren unterschiedlichsten Hobbies, mit ihren unterschiedlichsten Interessen, mit ihren unterschiedlichsten Qualitäten hier begrüßen und hier miteinander leben wollen und müssen. Und dabei müssen wir überhaupt nicht alle eine Meinung teilen und es geht auch gar nicht darum, glaub ich, dass wir unterschiedliche Meinungen haben. Es geht um die Frage, wie wir zukünftig miteinander umgehen wollen. Und ich bin sehr dankbar, dass die junge Generation hier in unserer Stadt in den letzten Wochen deutlich gemacht hat, dass man vielleicht auch seine Perspektive wechseln muss, seine eigene Meinung hinterfragen darf und schauen muss, was ist dem anderen gegenüber eigentlich noch wichtig. Und ich glaube, bei allem, was ich die letzten 30 Minuten hier erlebt habe, sollten wir uns alle mal an Artikel 1 unseres Grundgesetzes erinnern: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Und die Würde des Menschen ist unantastbar heißt auch, dass ich nicht sage, dass hier hinten Studenten sitzen, bloß, weil sie im Westen den Numerus clausus nicht schaffen. Sondern die Würde des Menschen ist unantastbar fängt genau bei Kleinigkeiten wie diesen an. Es fängt auch da an, wenn ich unzufrieden mit etwas bin, dass ich laut werde, dass ich schreibe Antworten werden erst im ... also, ich erwarte, dass die Antwort erst im nächsten Sommer gegeben wird. Sondern, ich finde, es geht um die Frage des Respekts, wie wir miteinander kommunizieren und Dinge formulieren. Und das sollten wir alle, übrigens ich auch, sich reflektieren und überlegen, wie wir miteinander sprechen zukünftig, das ist meine Bitte, vor allem an meine Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte Sie danken für diesen Input und hoffe, dass wir den für die nächsten drei, vier Stunden ernst nehmen können.“

Ratsherr **Großmüller**: „Ja, ganz kurz jetzt nochmal, dann ist auch vorbei. Herr Stadtpräsident, meine Damen und Herren, Herr Giermann. Ich möchte Sie da, wenn Sie da von Respekt sprechen, an die Situation vor zwei Jahren auf dem Marktplatz erinnern. Den Respekt, den Sie dort meinen Angestellten gegenüber gebracht haben, diesen Respekt wünsche ich mir natürlich auch. Also, sprechen Sie nicht von Respekt, wenn Sie keinen Respekt selber geben können. Dankeschön.“

Herr **Rahmsdorf**: „Ja, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Herr stellvertretender Bürgermeister und liebe Anwesende. Ich wollte eigentlich heute bei dieser Sitzung gar nicht darüber sprechen. Aber, ich mach es heute, weil ich glaube, dass es wichtig ist und auch an der Zeit ist, dass man mal wirklich deutlich und klar spricht. Als Aussteiger aus dem Rechtsextremismus erkenne ich in den letzten Tagen und Wochen, dass wir hier eine Entwicklung in unserer Stadt haben und wir sehen, wieviel junge Menschen und auch wieviel Menschen gerade hier allgemein dafür stehen, dass die Stadt tolerant, vielfältig ist und wir keinen Antisemitismus und keinen Rassismus in unserer Stadt dulden. Und da möchte ich einmal auch dem Oberbürgermeister Witt danken. Weil, er muss so viel in den letzten Tagen, Wochen und Monate einstecken für unsere Stadt. Er geht in andere Städte und vertritt unsere Stadt und das sollten wir würdigen. Und das ist jetzt ein Appell an alle Bürger und

auch an alle Stadtvertreter, die diese Meinung vertreten. Es muss Schluss sein mit Antisemitismus und mit Rassismus. Wir sollten als Stadtvertreter, oder Sie, als Stadtvertreter sollten für unsere Stadt handeln. Und die Stadt muss vielfältig und muss tolerant bleiben. Und ich bitte Sie auch, und das geht auch an den Stadtpräsidenten, wenn sowas passiert, wenn solche Äußerungen getätigt werden, da müssten Sie eigentlich einen Ordnungsruf oder sonst was erteilen. Da bitte ich Sie auch drum. Ich bitte auch den Bürgermeister und auch den stellvertretenden Bürgermeister, auch sich nicht irgendwie darauf einzulassen und auch jeden andren, der betroffen ist und mein größter Respekt geht auch an queerNB, die auch so viel einstecken müssen, so viel Angriffe erleben müssen. Aber, wir dürfen nicht anfangen, Aktion-Reaktion zu machen, sondern, wir sollten einen Dialog bilden, wir sollten miteinander sprechen. Und die Stadt sollte weiter tolerant bleiben. Danke.“

TOP 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Stadtpräsident **Gesswein** stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang 05.11.2024). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt; die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 4 Beschluss über die Niederschrift der 2. Sitzung der Stadtvertretung am 09.10.2024

Die Niederschrift wird ohne Gegenstimmen und Enthaltungen bestätigt.

TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt Vorlage: INF/VIII/0021

Ratsherr **Schröder** erkundigt sich nach der durchschnittlichen Rendite der von der Stadt Neubrandenburg als Festgeld angelegten 32,5 Millionen Euro.

Frau Piotrowski antwortet, dass derzeit 17,5 Millionen für 3,2 % angelegt und 10 Millionen für 2,85 % seien. Auf dem Tagesgeldkonto seien zum 10.11.2024 8 Millionen mit einer Verzinsung von 1,25 %.

TOP 6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Stadtpräsident **Gesswein** informiert über eine Änderung in der Ausschussbesetzung. Die Fraktion der AfD habe angezeigt, die Besetzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung und Sicherheit wie folgt zu ändern: Der sachkundige Einwohner Thomas Ambros nimmt den Platz von Ratsherrn Roland Fanselow ein; im Kultur- und Sozialausschusses nimmt der sachkundige Einwohner Detlef Schimank den Platz von Herrn Thomas Ambros ein.

Ratsherr **Schnell** bittet um Auskunft zum zerstörten Geldautomaten der Sparkasse auf dem Datzeberg und ob es geplant sei, diesen wiederzueröffnen.

Oberbürgermeister **Witt** antwortet, dass derzeit Ermittlungen laufen und dann auch versicherungstechnische Sachen geprüft werden müssen. Daher werde sich die Sanierung und die Wiedereröffnung bis in das Jahr 2025 hineinziehen. Sie werde aber definitiv an Ort und Stelle wiedereröffnet.

Ratsherr **Herrmann** nimmt Bezug auf die in der Präsidiumssitzung angesprochene Kleiderordnung und die Kritik an seiner Person zur Bekleidung auf der konstituierenden Sitzung der Stadtvertretung am 04.09.2024. Er bittet die Mitglieder der Stadtvertretung um Konzentration auf wesentliche Themen und Respekt.

Ratsherr **Kreutzer** erkundigt sich zur Klage der Stadt Neubrandenburg gegen das Ergebnis des Zensus. Er möchte wissen, ob es Berechnungen der Verwaltung zu den finanziellen Auswirkungen gäbe, die die Verringerung von 4500 Einwohnenden berücksichtigt.

Oberbürgermeister **Witt** berichtet aus Diskussionen beim Städte- und Gemeindetag, bei dem sich die Ministerpräsidentin selbst und der Innenminister geäußert hätten, da auch das Land Mecklenburg-Vorpommern finanziell negative Entwicklungen dadurch zu befürchten habe. Dies habe beim vertikalen Finanzausgleich auch bei den Kommunen deutliche Auswirkungen. Beim Zensus 2011 habe es ebenfalls viele Klagen gegeben, welche nicht erfolgreich waren. Eine konstruktive Handlungsweise könne nun sein, eine Änderung der Gesetzgebung herbeizuführen, dass ein Zensus nicht mehr diese Auswirkungen haben kann. Konkrete Zahlen können noch nicht genannt werden.

Ratsherr **Kreutzer** schildert, dass nach Angaben von Anwohnenden, die Grünflächen am Strandbad Broda dieses Jahr, im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, nicht gemäht wurden. Daher bittet er den Eigenbetrieb Immobilienmanagement um eine Stellungnahme, ob die ausbleibende Mahd der Grünflächen in diesem Jahr auf personelle Engpässe zurückzuführen ist oder möglicherweise im Zusammenhang mit Vertragsänderungen im betroffenen Gebiet steht.

Die Anfrage erhält die Nummer **ANF/VIII/0024**.

Ratsherr **Kreutzer** bezieht sich auf die kommunale Wärmeplanung und fragt, welche Bereiche in der Verwaltung, unter Beteiligung kommunaler und externer Unternehmen an diesem Plan arbeiten und wie der aktuelle Stand sei.

Herr Modemann antwortet, dass die Planung in Auftrag gegeben worden sei. Über den Klimamanager konnten Fördermittel vom Bund akquiriert werden. Ein Großteil der Gutachten sei abgeschlossen und würden zum Jahresende zu einem Ergebnis zusammengefasst werden. Anschließend werde die Transformationsplanung begonnen, um den Finanzbedarf zu ermitteln. Dieser erstreckte sich über einige Jahrzehnte. Im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung und Sicherheit werde das Thema laufend aktualisiert. Bürgerinnen und Bürger würden Vorliegen von ersten Ergebnissen informiert werden.

Ratsherr **Schwanke** stimmt den Ausführungen von Herrn Modemann zu und ergänzt, es sei mit einer Belastung von bis zu einer Milliarde bis zum Jahr 2040 auszugehen. Weiterhin nimmt er das Thema des Geldautomaten auf dem Datzeberg auf und bittet um eine schriftliche Antwort der Sparkasse sowie um eine kurzfristige Lösung.

Oberbürgermeister **Witt** entgegnet, dass die vermehrt aufkommende Sprengung von Geldautomaten dazu führe zu überdenken, wie und wo ein Automat zu verorten sei. Ausschlaggebend sei der Sicherheitsaspekt in oder der Nähe von Wohnhäusern. Zudem sei mit einer mehrmonatigen Lieferdauer von Automaten zu rechnen.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** erkundigt sich, in welcher Form die Bürgerinnen und Bürger über Baumfällaktionen informiert werden. Teils könnten Anwohnende nicht einschätzen, ob ein Baum gefällt würde, weil er krank sei und ihnen da die Information fehle. Er regt eine geeignete Form der Kommunikation zu diesem Thema an. Weiterhin erwähnt Dr. Kirchhefer den Übergang in den Ruhestand von Dr. Leonore Wolff als Leiterin des Stadtarchivs und erkundigt sich zum Prozess über die Nachbesetzung der Stelle.

Oberbürgermeister **Witt** antwortet, dass der Prozess angelaufen sei.

TOP 7 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Ratsfrau **Muth**: „Herr Präsident, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Da ich nicht mehr im Präsidium bin, muss ich diese Frage hier stellen. In der Vergangenheit war es so, dass die Stadtvertretung oder die Tagesordnung immer so strukturiert wurde, dass am Anfang der Stadtvertreterversammlung, nach Informationen und Oberbürgermeisterbericht, die Anträge der Fraktionen behandelt wurden und erst danach die Anträge bzw.

Beschlussvorlagen der Verwaltung. Das ist in dieser Tagesordnung jetzt nicht mehr so. Vor den Anträgen der Fraktionen sind sechs Verwaltungsanträge, wenn auch spannende dabei sind, aber es sind Verwaltungsanträge. Meine Frage: Warum ist das jetzt so? Ich will daran erinnern: Die alte Stadtvertretung, oder die ehemalige hat immer ganz klar gesagt, dass die Anträge der Fraktionen zuerst zu behandeln sind, auch wenn es mal einen Vorschlag der Verwaltung gab, sogar sie ganz hintenzustellen. Also, meine Frage: Warum ist es diesmal so in der Tagesordnung, dass vor den Fraktionsanträgen Verwaltungsanträge sind. Ich habe dafür, ehrlich gesagt, kein Verständnis.“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Danke, Ratsfrau Muth, für Ihre Anfrage. Das ist ganz einfach so: Die Tagesordnung wurde so erstellt, in der Reihenfolge, und es wurde in der Präsidiumssitzung das Benehmen mit dem Oberbürgermeister so hergestellt, ohne dass andere Vertreter im Präsidium darauf Einfluss genommen haben oder Änderungen gewünscht haben. Und vor dem Hintergrund ist die Tagesordnung jetzt so, wie sie ist.“

Ratsfrau **Muth**: „Herr Präsident, Herr Oberbürgermeister. Das nehme ich jetzt zur Kenntnis, dass die Fraktionen sich da nicht geäußert haben oder es nicht anders wünschten. Und ich rege jetzt mal die Fraktionen an, wir haben ja auch relativ neue Strukturen, dass Sie zukünftig dafür sorgen, dass die politischen Anträge, jetzt muss ich's mal so deutlich sagen, der Fraktionen, es sind ja dann doch Fraktionen auch von Parteien, bitte zuerst behandelt werden. Ich finde, diesen Gang, den wir jetzt gehen, falsch.“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Ja, danke, Ratsfrau Muth. Wir werden darüber in der nächsten Präsidiumssitzung dann entsprechend befinden. Zur mitgesandten Tagesordnung tragen Sie bitte folgende Änderungsblätter und Änderungsantrag nach ... Ratsherr Großmüller, bitte ...“

Ratsherr **Großmüller**: „Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, meine Damen und Herren, ich hätte für den TOP 18 noch mal 'ne Änderung, müsste da kurz eine kleine Erklärung für abgeben, weil das die Tagesordnung dann verändern würde. Punkt 18, Beflaggung der Fahnenmasten am Bahnhofvorplatz in Neubrandenburg. Da hatten wir einen Änderungsantrag gestellt, den wir nochmal ... da würde ich eine Erklärung kurz abgeben. Zuallererst möchte ich diese Gelegenheit nutzen, mich zu entschuldigen. Nicht bei Ihnen, sondern bei den deutschen Bürgern, die gezwungen sind, die Folgen dieser links-grünen Deutschland verachtenden Politik zu tragen.“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Ratsherr Großmüller, das können Sie dann gerne machen, wenn wir...“

Ratsherr **Großmüller**: „Also, die Kommunalverfassung besagt es ja, dass jetzt zum Tagesordnungspunkt ich bis zu 20 Minuten dort auch mich auslassen könnte. Also, das ist ja in der Kommunalverfassung so niedergelegt. Also, das ist jetzt eine Minute, die ich bräuchte.“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Nee, wir sind jetzt im Tagesordnungspunkt ‚Änderungsbedarf zur Tagesordnung‘.“

Ratsherr **Großmüller**: „Ja, es ist ja ein Änderungsbedarf. Ich möchte da was zu sagen, wenn ich was ändere.“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Okay, das dürfen Sie natürlich.“

Wortmeldung im Hintergrund...

Ratsherr **Großmüller**: „... ich möchte die Tagesordnung ändern.“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Sie möchten die Tagesordnung ändern?“

Ratsherr **Großmüller**: „Ich möchte ... die Tagesordnung in Punkt 18 möchte ich ändern, ja. Dazu möchte ich was sagen, es ist ein Änderungspunkt.“

Wortmeldung im Hintergrund ...

Ratsherr **Großmüller**: „... sozusagen, ja, da möchte ich was zu sagen ... oder nicht? Also, laut Kommunalverfassung kann ich da was zu sagen, also ...“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Also, das ist schon richtig, Sie dürfen dazu Stellung beziehen, warum Sie diesen Tagesordnungspunkt streichen wollen.“

Ratsherr **Großmüller**: „Okay, alles klar. Fang ich nochmal von vorne an. Zuallererst möchte ich diese Gelegenheit nutzen, mich zu entschuldigen, nicht bei Ihnen, sondern bei den deutschen Bürgern, die gezwungen sind, die Folgen dieser links-grünen, Deutschland verachtenden Politik zu tragen. Eine Politik, die Interessen der Mehrheit systematisch ignoriert, stattdessen den Fokus auf ideologische Minderheiten setzt, während die wahren Probleme des Landes unbeachtet bleiben. Wenn man den medialen Aufschrei betrachtet und sieht, wie in den deutschen Medien das Abnehmen der Regenbogenfahne, ein demokratischer Akt, als rechtsextremistischer Staatsstreich dargestellt wird, muss man sich ernsthaft fragen, in welchem Land wir eigentlich leben. Jeder deutsche Bürger sollte sich fragen wie es möglich ist, dass solche verzerrten Darstellungen zur Norm werden. Die mediale Aufmerksamkeit, die der durch links-grüne Politik sexualisierten und politischen Zwecke missbrauchten Regenbogenfahne gewidmet wird, übersteigt bei Weitem die Berichterstattung über Gewaltverbrechen gegen deutsche Bürger, verübt von Ausländern, so die Aufarbeitung der Corona-Pandemie, die selbstverschuldete Energiekrise und die Proteste von Unternehmen und Bauern. Wieder einmal wird deutlich, wie die Anliegen und Symbole einer Minderheit über die echten Sorgen und Probleme ...“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Ratsherr Großmüller, ich unterbreche Sie hiermit. Könnten Sie zum Kern Ihrer Aussage kommen.“

Ratsherr **Großmüller**: „Ich bin fertig dann. ... über die echten Sorgen und Probleme der Mehrheit der deutschen Bevölkerung gestellt werden. Angesichts dieser unerträglichen Zustände ziehen wir den Antrag zurück und streichen ihn von der Tagesordnung. Dankeschön.“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Danke. Es gab zwei Anträge zur Geschäftsordnung. Es gehört nun mal auch zum Respekt in diesem Haus, dass man andere ausreden lässt. Bitte tragen Sie folgende Änderungsblätter und Änderungsanträge nach:

Stadtpräsident **Gesswein** ergänzt die nachzutragenden Änderungsblätter und Änderungsanträge.

Es werden Mitwirkungsverbote für die BV/VIII/0050, TOP 24, für Ratsfrau Muth und die Ratsherren Mieth, Schnell, Schwanke und Stieber angezeigt.

Es werden Rederechte beantragt für Herrn Meyer und Herrn Hüls, Geschäftsführer der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH zur BV/VIII/0049, Jahresabschluss der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH für das Geschäftsjahr 2023 sowie Konzernabschluss. Der so angepassten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP 8 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

TOP 9 Hebesatzsatzung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg Vorlage: BV/VIII/0071 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Schwanke** merkt an, dass es sich um die 1. Lesung handle und man die Änderungen in der kommenden Zeit in den Ausschüssen diskutieren müsse.

– Die Tagesordnungspunkte 10 und 11 werden in verbundener Aussprache behandelt –

TOP 10 Doppischer Haushaltsplan 2025
Band 1 Haushaltssatzung und Anlagen
Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt
Band 2 Stellenplan
Band 3 Wirtschaftliche Unternehmen
Vorlage: BV/VIII/0074 – 1 Änderungsblatt

Oberbürgermeister **Witt** bringt den Haushaltsplan 2025 ein. Er dankt Frau Piotrowski und dem Team des Fachbereichs 1 für die Erstellung der Präsentation.

➔ Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 hinzugefügt.

Ratsherr **Jaschinski** verweist darauf, dass im Aufsichtsrat der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft eine verringerte Gewinnausschüttung beschlossen wurde. In der Präsentation sei mit den alten Planzahlen gearbeitet worden. Daher bittet er Korrekturen vorzunehmen.

Ratsherr **Hanson** hebt hervor, dass die Stadt Neubrandenburg vor einer schweren Aufgabe stehe, um die strukturellen Defizite, die auf eine mittelfristige Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes hindeuten, auszugleichen. Die Einschränkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit habe erhebliche nachteilige Auswirkungen für die Menschen und die Unternehmen dieser Stadt und auch des Umlandes. Auch alle Beteiligungsunternehmen der Stadt seien einem Konsolidierungsprozess zu unterziehen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass viele der Investvorhaben, die der Oberbürgermeister zuvor in Teilen aufgeführt habe, aus dem Wirkungskreis der Stadt in die Bilanzkreise städtischer Beteiligungsunternehmen ausgegliedert werden, oder umgekehrt städtische Beteiligungsunternehmen wirtschaftliche Wirkungen und Mittelerfordernisse im Haushalt der Stadt hervorrufen.

Er führt weiter aus, dass aus der heutigen Erörterung für die Stadtvertretung zweifelsfrei der Auftrag formuliert werden müsse, dass durch die Fachbereiche der Stadtverwaltung in ganz enger Abstimmung mit dem Finanzausschuss und den Betriebsausschuss der Haushaltsplan, die Tagesordnungspunkte 10 und 11, überarbeitet werden müssen. Das Ziel müsse lauten: Die Ausgabe decken die Einnahmen über den gesamten Planungszeitraum. Erst danach könne man in die weitere Befassung gehen.

TOP 11 Doppischer Haushaltsplan 2025
Band 4 Städtebauliches Sondervermögen
Vorlage: BV/VIII/0075 – 1 Änderungsblatt

Die Vorlage wird in die Beratungsfolge verwiesen.

– Die Tagesordnungspunkte 12 und 13 werden in verbundener Aussprache behandelt –

TOP 12 Abwassergebührenkalkulation 2025
Vorlage: BV/VIII/0055

Ratsherr **Bromberger** verweist auf die eingebrachten Änderungsanträge, mit denen beantragt wird, die Vorlagen in die Ausschüsse sowie zur 2. Lesung im Dezember zu verweisen.

Ratsherr **Schwanke** erkundigt sich nach der Begründung für die Änderungsanträge.

Ratsherr **Bromberger** begründet dahingehend, dass sich alle Fraktionen nochmals ausführlich mit den Vorlagen auseinandersetzen können und diese in den Ausschüssen diskutiert werden.

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über die Änderungsanträge abstimmen. Diese werden ohne Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

- TOP 13 6. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Neubrandenburg über die leitungsgebundene Abwasserbeseitigung, die dezentrale Abwasserbeseitigung und die Gebührenerhebung für die Inanspruchnahme der leitungsgebundenen Abwasserbeseitigung und die Erhebung von Entsorgungsgebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung (Abwasser- und Gebührensatzung)**
Vorlage: BV/VIII/0054

Die Vorlage wird zurück in die Ausschüsse verwiesen.

- TOP 14 Linienbusverkehr in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg ab 01.01.2027 hier: Aufnahme von Vertragsverhandlungen mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte**
Vorlage: BV/VIII/0056

Ratsherr **Kuhnert** erinnert an die „Innenstadtlinie“ und ob die Umsetzung dieser weiter vorangetrieben wird.

Herr **Renner** führt dazu aus, dass mit der Beschlussvorlage ein Votum abgegeben werde, ob die Wahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs, die Durchführung des Linienbusverkehrs in der Stadt Neubrandenburg, über den 31.12.2026 hinaus auch zukünftig durch die Stadt Neubrandenburg und in dessen Auftrag die Neubrandenburger Verkehrsbetriebe, wahrgenommen werden soll. Der Oberbürgermeister solle ermächtigt werden, in Vertragsverhandlungen mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte einzutreten. Ob dann die Bedienung der Innenstadt erfolgen soll, könne dann Verhandlungsgegenstand sein.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 39 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 3/14/2024

- TOP 15 Bekenntnis für Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt**
Vorlage: BV/VIII/0088

Ratsherr **Stieber**: „Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, Herr Oberbürgermeister, Ratsfrauen und Ratsherren, Mitarbeitende der Verwaltung, sehr geehrte Gäste, Zuschauerinnen und Zuschauer. Ich spreche zur Beschlussvorlage „Bekenntnis für Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt“. Und angesichts der vielen Gäste würde ich die vier Sätze gerne nochmal verlesen. Erstens soll beschlossen werden: Die Stadtvertretung bekennt sich zu einer vielfältigen, toleranten und weltoffenen Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg und bekräftigt somit ihren Beschluss vom 7. September 2023 mit dem Gegenstand „Die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg – weltoffen, tolerant und vielfältig“.

Zweitens: Die Stadtvertretung bekennt sich zur Regenbogenflagge als einem internationalen Symbol für Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit.

Drittens: Vor diesem Hintergrund wird die Stadtverwaltung beauftragt, Maßnahmen zur Förderung einer angemessenen und dauerhaften Sichtbarkeit von Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt in der Stadtgesellschaft zu erarbeiten und Vorschläge bis zum 21. Mai 2025 vorzulegen.

Viertens: Die Stadtvertretung verurteilt jedwede Ausgrenzung und Diskriminierung von Minderheiten.

Soweit der Beschlusstext. Vorneweg: Dies ist nicht meine Beschlussvorlage. Es ist kein Antrag meiner oder einer anderen Fraktion, es ist auch kein fraktionsübergreifender Antrag mehrerer Fraktionen zusammen. Es ist eine Beschlussvorlage, die eingebracht wurde von 26 Ratsfrauen und Ratsherren. Jede und jeder von ihnen hat dies für sich entschieden und begründet dies auch ganz persönlich. Deshalb gibt es auch keinen einheitlichen

Begründungstext in der Vorlage. Jeder Versuch, diesen zu formulieren, würde scheitern. Denn den einen ist am wichtigsten, noch einmal klarzustellen, dass die Stadt Neubrandenburg und ihre Stadtvertretung für Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt steht. Dazu gibt es und gab es ja schon zwei Beschlüsse in den letzten 24 Monaten: zunächst im Dezember 2022 der einstimmige Beschluss, die Charta der Vielfalt zu unterschreiben, dann im September letzten Jahres der Beschluss „Die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg – weltoffen, tolerant und vielfältig“, die beide auch nicht ausgehebelt oder aufgehoben wurden. Dies angesichts des Verbotsbeschlusses vom Oktober noch einmal klar herauszustellen, ist eine zentrale Kernbotschaft für Ratsfrauen und Ratsherren. Diese nun noch einmal formulierte Bekräftigung des letztgenannten Beschlusses vom September letzten Jahres stellt zunächst einmal und vordergründig nicht die Regenbogenflagge in den Mittelpunkt. In der öffentlichen Diskussion, in den unterschiedlichen Medien und auch in der Verständigung der Antragsteller untereinander kommt allerdings niemand um dieses internationale Symbol für Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit herum. Deshalb identifizieren sich andere Ratsfrauen und Ratsherren eher über den zweiten und auch den vierten Satz der vorliegenden Vorlage. Das betrifft schon auch mich und – hier spreche ich mal im Namen aller Antragsteller des letzten Jahres: GRÜNE, LINKE, SPD – das betrifft auch die heutige Zählgemeinschaft. Uns und mir ist dieser zweite Satz wichtig. Wir erkennen den Regenbogen als ein seit 2000 Jahren historisch gewachsenes Symbol für Frieden, Aufbruch und Veränderung sowie für Toleranz und Akzeptanz der Vielfalt von Lebensformen an. Nun ist die Regenbogenflagge auch das selbstgewählte Symbol der queeren Community und wird von Kritikern gerne darauf reduziert. Was nach meiner Auffassung die Notwendigkeit ihrer Sichtbarmachung allerdings nicht vermindert. Es ist doch diese queere Community, die im gesellschaftlichen Leben immer noch besonders schutzbedürftig ist. Auch in Mecklenburg-Vorpommern werden Menschen der queeren Community noch heute aufgrund ihrer sexuellen Orientierung bzw. ihrer geschlechtlichen Identität gesellschaftlich diskriminiert, indem sie Benachteiligung und auch Ausgrenzung erfahren. 18 % der Angehörigen dieser Community sind aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität bereits Opfer von Gewalt oder einer anderen Straftat geworden. Der Anteil an depressiven Menschen ist in der queeren Community mehr als doppelt so hoch wie bei heteronormativen Menschen. Auch das Suizidrisiko ist in diesem Personenkreis bis zu fünffach höher. Also selbst, wenn man die übergreifende Symbolik für Frieden, Verständigung und Freiheit vernachlässigen würde, scheint mir auch und gerade eine dauerhafte Sichtbarmachung der Anliegen der queeren Community als gesellschaftlich besonders schutzwürdiger Minderheit aufgrund der Gewalt- und Verfolgungsgeschichte und der gesellschaftlichen Stigmatisierung in einem besonderen Maße gerechtfertigt. Auch deshalb haben die Parteien, die heute eine Zählgemeinschaft bilden, in der letzten Wahlperiode zu zwei besonderen Anlässen Anträge eingebracht, genau diese Sichtbarmachung umzusetzen: anlässlich des Internationalen Tages gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT) und zum Christopher Street Day 2021. Eine Vorlage wurde zurückgezogen und auch die später beschlossenen zwei Anläufe scheiterten scheinbar, weil die gesetzlichen Voraussetzungen noch nicht gegeben waren. Aber unter anderem auch diese beiden Beschlüsse, in denen der Oberbürgermeister aufgefordert wurde, beim Innenministerium die Genehmigung für das Hissen der Regenbogenflagge zu CSD und IDAHOBIT zu beantragen, sorgten am Ende mit dafür, dass die Beflaggungsverordnung hinsichtlich „nicht hoheitlicher Flaggen“ geändert wurde. Es hat sich also gelohnt, dort in Richtung Land wirksam zu werden. Und im Übrigen, das will ich nochmal betonen: im Rahmen dieser beiden Beschlüsse wurde klar und deutlich herausgestellt, dass die Regenbogenflagge nicht nur für uns ein überparteiliches Symbol darstellt, keiner bestimmten Partei oder Organisation exklusiv zugeordnet. So viel also zu den Beschlusslagen. Ich will an dieser Stelle noch einmal betonen: in der letzten Wahlperiode wurden vier Beschlüsse gefasst, die sich mit der Sichtbarmachung von Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt beschäftigen. Vier! In der gesamten Wahlperiode in 36 Sitzungen haben wir uns mit 804 Beschlussvorlagen beschäftigt. Achthundertundvier! Ich bin es leid, dauernd gefragt zu werden, ob wir sonst nichts zu tun haben, dass wir uns mit Flaggen beschäftigen. Die Antwort ist: Doch, es gibt genug zu tun. Und es wird und wurde ja auch alles getan, beraten und beschlossen, was auch getan, beraten und beschlossen worden wäre, wenn wir

diese vier Beschlussvorlagen nicht hätten diskutieren wollen. Das ist laufender Betrieb, da wird nichts rausgeworfen, um Platz für vermeintliche Nebensächlichkeiten zu schaffen. Und ob wir uns nun 24 Punkte auf die Tagesordnung setzen oder 25, das dürfen alle Beunruhigten von außen ruhig uns Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern überlassen. Wir machen das alles im Ehrenamt und wir sehen zu, dass wir uns auf das konzentrieren, was wirklich notwendig ist. Aber apropos „Nebensächlichkeiten“: Die zweite Frage, die immer wieder kommt, lautet: „Gibt es nicht wichtigere Dinge zu klären, als diesen Flaggenquatsch?“ Meine Antwort: Nein, gibt es nicht! Wissen Sie, ich brauche für mein Selbstverständnis keine Symbolik. Ich bin hier in dieser Stadt in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts groß geworden. Diese Zeiten haben mich geprägt: Flaggenparaden, Straßen der Besten, FDJ-Hemden, Sozialistischer Wettbewerb. Das alles hat uns nicht wirklich irgendetwas bedeutet. Nichts davon hat uns bewegt, weder eine Sache nähergebracht, noch abgestoßen. Wir fanden das stinkelangweilig. Für mich persönlich braucht es auch heute keine Symbolik. Aber für mich braucht es auch persönlich kein Schwimmbad, kein Kino und keinen Jugendklub, keine Galerien. Das ist meine Privatmeinung. Aber ich bin Stadtvertreter. In dieser Rolle ist mir bewusst, dass es in meinem Ehrenamt um mehr geht, als meine Privatmeinung. Ich bin jetzt zum vierten Mal in die Stadtvertretung Neubrandenburg gewählt worden, um die Interessen der mich Wählenden zu vertreten und mich damit zu beschäftigen. Und daher weiß ich, dass es viele Menschen gibt, für die Schwimmbad, Kino, Jugendklub und Galerie natürlich und selbstverständlich zur kommunalen Daseinsvorsorge gehören. Das akzeptiere ich, das finde ich gut. Nur, weil ich was nicht brauche heißt es nicht, dass die Welt es nicht braucht. Gleiches gilt auch für das Bedürfnis vieler, die ersten Artikel des Grundgesetzes zur Würde des Menschen, seiner freien Entfaltung, der Gleichberechtigung oder dem Schutz von Minderheiten nicht nur zu leben, sondern dies auch irgendwie zu bekunden. Dafür stehen die Anträge der letzten Wahlperiode, anlässlich bestimmter Gedenk- und Feiertage vor dem Rathaus und als Willkommensgruß am Bahnhof die Regenbogenflagge zu hissen. Eigentlich nichts Besonderes, eine Selbstverständlichkeit. Allerdings nicht für alle. Und deshalb noch einmal: Solange das eigentlich selbstverständliche Bekenntnis zu unserem Grundgesetz und seine ersten Artikel durch den Dreck gezogen wird, gibt es tatsächlich keine wichtigere Frage, als die nach der Haltung zu Menschenwürde, Gleichberechtigung und Minderheitenschutz. Am Ende noch etwas zum Beschlusspunkt 3: Dieser beauftragt die Stadtverwaltung, Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt in der Stadtgesellschaft zu fördern und sichtbar zu machen. In den Reihen der Antragsteller:innen gibt es schon unterschiedliche Ideen, welche Straße bunt angemalt oder welches Gebäude illuminiert, wo finanziell gefördert oder welche weitere Flagge aus welchem Anlass wann gehisst werden könnte. Aber Förderung und Sichtbarmachung geht nach unserem Verständnis über Symbolik hinaus. Das fängt zunächst einmal damit an, den von uns heute noch einmal bekräftigten Beschluss vom letzten Jahr umzusetzen. Dort wurde formuliert: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Partnerschaft für Demokratie das Austauschformat „Miteinander-Tour“ für das Zusammenleben und die Kommunikation in den sozialen Netzwerken zu initiieren.“ Nach meiner Einschätzung hat bei all den Nebenschauplätzen der letzten 12 Monate der Fokus der Tätigkeit in der Stadtverwaltung irgendwo anders gelegen, von einer „Miteinander-Tour“ habe ich jedenfalls seit der Beschlussfassung nichts mehr gehört. Insofern freuen wir uns auf die Diskussionen in Ausschüssen oder anderen Gruppen. Das sind die Plätze, wo die inhaltliche Diskussion dann hingehört, um dann Ende Mai 2025 eine entsprechende Vorschlagsliste abstimmen zu können. Vielen Dank. Ich bitte um Unterstützung sowie Zustimmung zum Antrag und freue mich jetzt auf weitere, inspirierende und ergänzende Beiträge. Das waren meine persönlichen Worte. Im Auftrag meiner Fraktion beantrage ich namentliche Abstimmung. Vielen Dank.“

Ratsherr **Albrecht**: „Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Ratsfrauen und Ratsherren, liebe Gäste hier und vielleicht online. Wenn ich zu diesem heutigen Beschlussvorschlag zur Weltoffenheit spreche, dann geht es nicht, ohne an dieser Stelle leider noch einmal zurückblickend auf den Fahnenbeschluss vom 9. Oktober zu blicken. Mit diesem heutigen neuen Beschluss zeigen

wir als Stadtvertretung hoffentlich endlich unserer Stadt und diesem Land, wer wir sind, wer Neubrandenburg ist. Ich war für die vergangene Sitzung entschuldigt, da ich aus privatem Anlass in die USA reisen konnte. An jenem Tag war ich gerade in New York. Und ich kann ihnen sagen, ganz persönlich, gegensätzlicher hätten meine Eindrücke, Gedanken und Gefühle nicht sein können. Dort eine Stadt voller Lebendigkeit, Vielfalt, prosperierend, ja, auch das, immer wieder aufstehend, wirtschaftlich sehr erfolgreich, wie wir wissen. Eine Stadt, in der über 150 Sprachen gesprochen werden, eine Stadt der Vielfalt, attraktiv, erfolgreich, prosperierend, weil sie so bunt und vielfältig ist. Menschen aller Couleur mit ihrer Art zu leben, leben dort miteinander und machen die Attraktivität und auch die Anziehungskraft aus. Dass es große soziale Differenzen gibt, darf nicht unerwähnt bleiben, aber ist nicht unser Thema. Und dann las ich dort von diesem Beschluss, so eng und einfarbig. Größer hätte dieser Kontrast für mich nicht sein können. Ja, und ich musste an Bismarck mit seiner Pickelhaube denken, der meint, in Mecklenburg geschieht alles Jahrzehnte später. Liebe Menschen der Stadtgesellschaft, dieser für mich rückwärtsgewandte Pickelhaubenbeschluss vom 9. Oktober beschreibt nicht unser Neubrandenburg. Er beschreibt nicht die Vielzahl der Neubrandenburgerinnen und Neubrandenburger, wir haben es vielfach gesehen und gehört. Und auch das darf von hier heute nicht ungesagt bleiben, ich kritisiere aufs Schärfste den respektlosen und würdelosen Umgang und das offene Mobbing gegenüber dem Oberbürgermeister Silvio Witt als Person, sowie gegenüber dem Amt des Oberbürgermeisters. Und die Folgen dieser Diffamierungen haben Neubrandenburg einen schweren Schaden und Imageschaden zugefügt. Neubrandenburg ist eine offene, bunte, vielfältige Stadt. Ganz unterschiedliche Lebensformen, Lebensweisen haben hier miteinander ihren Platz. Und gemeinsam, ja, ich meine es so, wollen und werden wir diese Stadt in die Zukunft führen. Und dafür wird wahrlich jeder gebraucht, dafür ist jeder wichtig. Und zugleich verstehe ich das auch als eine Einladung, über Brücken zu gehen. Es sei denn jemand entscheidet sich, auf seiner Insel zu bleiben. Und darum ist dieser heutige Beschluss so wichtig. Ich bin überzeugt, nur mit der Vielfalt der Menschen und ihrer unterschiedlichen Lebensformen wird unsere Stadt sich zukünftig nach vorn entwickeln – kulturell, sozial, ja, und selbstverständlich auch wirtschaftlich. Dieser heutige Beschluss ist für mich von daher ein Zukunftsbeschluss und ein Signal für ein starkes und vielfältiges Neubrandenburg mit Zusammenhalt. Vielen Dank.“

Ratsherr **Fink**: „Sehr geehrter Stadtpräsident, sehr geehrter Oberbürgermeister, sehr geehrte Ratsherren und Ratsfrauen. Wir sind gewählt worden, um Sachpolitik zu machen. Und aus diesem Grund beteiligen wir uns an dieser Abstimmung nicht. Dankeschön.“

Ratsfrau Dr. **Balschat**: „Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Ratsfrauen und Ratsherren, sehr geehrte Gäste. Ich spreche auch für meine Wähler und ich spreche auch für mich. Flaggen, hinter denen eine bestimmte Ideologie und eine Moral steht, haben schon in der Geschichte immer zu Zerwürfnissen geführt. Ich will als Beispiel nur mal die Weimarer Republik anführen. Da haben die Kaisertreuen, die die schwarz-weiß-rote Fahne befürwortet haben, gegen die Republikaner der jungen Weimarer Republik gekämpft, die hatten die schwarz-rot-goldene Fahne. Es kam zu Straßenkämpfen. Der damalige Reichskanzler, das war Hans Luther, der wollte dann, weil er ausgleichend wirken wollte, beide Fahnen nebeneinander hängen; so ähnlich, wie Herr Großmüller das jetzt wollte. Das hat zu seinem Sturz geführt. Unser Beschluss vom 09.10.24 war vielleicht nicht ganz glücklich. Wir waren auch nicht wirklich vorbereitet auf diesen Antrag, aber, es war eine demokratische Abstimmung. Und auch wenn uns das nicht gefällt, Demokratie müssen wir anerkennen. Ich hätte mir nie träumen lassen, sie bestimmt auch nicht, was aufgrund dieses Beschlusses für ein Mainstream oder ein Sturm auf unsere tolerante, schöne, freundliche, weltoffene Stadt losbrach. Mainstream, die Medien und vermeintliche Gutmenschen aus ganz Deutschland sind auf uns eingestürzt, haben auf uns eingeprügelt, haben uns auch ein schlechtes Gewissen gemacht. Und wollen wir nicht alle gut sein? Wir wollen doch eigentlich gute Menschen sein. Und das sind wir ja eigentlich auch. Und deshalb fand ich den Beschluss, den Sie hier vorgestellt haben, sicherlich, der ist richtig, aber in meinen Augen kam er ein bisschen übereilt. Und ich denke

manchmal, ich bin ja ein bisschen älter als die meisten hier im Saal, ich erinnere mich sehr gut, wie ich als Mädchen mit einem blauen Halstuch auf einem zugigen Schulhof stand, die Hand zum Pioniergruß erhoben, an einem Mast hing eine blaue Flagge nach oben, und für Frieden und Sozialismus seid bereit, immer bereit. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Das will ich nicht mehr. Deswegen kann ich mich auch nicht zu einer Fahne bekennen. Ich will das nicht. Ich stehe eindeutig zum Grundgesetz, zu den Artikeln 1 bis 4. Das steht alles drin, was Menschen, die zusammenleben, beachten müssen. Das regelt unser Zusammenleben. Und auch im Artikel 22 steht: Unsere Fahne ist schwarz-rot-gold. Dahinter können wir uns alle versammeln. Viele Bürger, wir haben ja auch Zuschriften gekriegt, haben geschrieben, schwarz-rot-gold ist doch bunt genug. Und ich finde das eigentlich auch. Unsere Landesregierung hat ja am 05.01.23 eine neue Beflaggungslandesverordnung erlassen, damit hat sie ja dieses Neutralitätsgebot, was vor öffentlichen Gebäuden bestanden hat, aufgelöst, und erlaubt jetzt also auch vor öffentlichen Gebäuden, nicht hoheitliche Fahnen aufzuhängen. Nicht hoheitliche Fahnen, das ist z. B. die Regenbogenfahne, das sind aber auch andere Fahnen. Und ich weiß, dass es hier auch Bürger im Raum gibt, die z. B. die „Mayors of Peace“ hängen sehen wollen. Das ist die Fahne, die der Bürgermeister von Hiroshima initiiert hat, gegen atomare Aufrüstung und gegen Krieg. Es gibt die Fahne „Frei leben ohne Gewalt“ für die Frauenrechte. Und da freue ich mich eigentlich, dass die jetzt hier schon am 25.11. zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen aufgehängt werden soll. Ist in Ordnung, ist toll. Es gibt aber auch die vielen Friedensfahnen, wo viele Bürger sagen: das ist für mich wichtig. Ob das jetzt die Regenbogenfahne mit der Peace-Aufschrift ist, oder die hellblauen Fahnen mit der Picasso-Taube. Da gibt es also ganz verschiedene. Auch die Flaggen für Kinderrechte. Es gibt die Flagge des BUND für Umweltschutz. Ja, also auch die hoheitliche Beflaggung hat sich in dieser Beflaggungsordnung geändert. Also, man kann jetzt auch dauerhaft die Stadtflagge aufhängen. Also, es gibt da viele Dinge. Ich bin jetzt kein Flaggenexperte, aber ich denke, wir sollten den Bürgermeister beauftragen, eine Arbeitsgruppe zu gründen, die könnte die „Partnerschaft für Demokratie“ sein, die jetzt mal erfragt, erkundet, festlegt, welche Bedürfnisse gibt es denn in unserer Stadtgesellschaft, was wollen wir sichtbar machen, und dann einen Plan erarbeitet, eine Ordnung erarbeitet, an welchen Tagen, vor welchen Gebäuden, zu welchen Anlässen, welche nicht hoheitlichen und hoheitlichen Fahnen hängen dürfen. Und natürlich auch die Regenbogenfahne, die gehört dazu, die will ich da ja gar nicht ausschließen. Ich habe neulich gesehen, dass sogar auf einem Fußballplatz die Eckfahnen Regenbogenfahnen waren. Okay, warum nicht? Das ist alles möglich, ja, aber ausschließlich alles auf die Regenbogenfahne zu beziehen, das halte ich für gefährlich. Und Sie mit ihrem Beschluss wollen ja wieder zurück auf das, was wir, am ... der Beschluss 35/1220/23, wo drin steht, „... die Regenbogenfahne soll dauerhaft am Bahnhof hängen...“. Das halte ich für gefährlich und für eine Spaltung unserer Stadtgesellschaft. So, weiter möchte ich das gar nicht ausführen. Ich bitte Sie, diesen Änderungsantrag zu unterstützen, weil er uns die Möglichkeit gibt, die Stadtgesellschaft einzubeziehen und auch andere Symbole, oder ... Symbole ist vielleicht Quatsch, Fahnen, die bestimmte Dinge demonstrieren, zeigen sollen, hier in der Stadt zu hissen. Vielen Dank.“

Oberbürgermeister **Witt**: „Sehr geehrter Stadtpräsident, sehr geehrte Ratsfrauen und Ratsherren. Zunächst muss ich mich entschuldigen, ich muss nämlich nach meinem Redebeitrag den Saal leider verlassen. Das hat jetzt nicht mit Desinteresse an der Debatte zu tun, sondern, ich darf freundlicherweise das Sozialwerk Malchin unterstützen. Die sammeln heute nämlich Geld für Suchtprävention und da hatte ich mich vor Monaten schon zur Verfügung gestellt oder bereit erklärt, das zu tun und habe nicht gedacht, dass wir drei Stunden brauchen, um bei diesem Tagesordnungspunkt, überhaupt an diesem Punkt in der Tagesordnung zu sein. Aber vielleicht ganz kurz inhaltlich was von meiner Seite, weil Sie das vielleicht an der einen oder anderen Stelle erwarten. Ich finde es immer wieder interessant, wenn dann gesagt wird, deswegen danke ich Ratsherrn Stieber für seinen Redebeitrag, warum liegt denn der Fokus da so drauf, warum liegt denn der Fokus auf der Regenbogenflagge? Ich habe mir mal die Mühe gemacht und meinen privaten Facebook-Account, ich habe ja nur einen Facebook-Account und trotz anderer Unkenrufe, die ich immer hör, dass ich da so social media-affin sei, kann ich das gar nicht nachvollziehen, weil,

bei allen anderen Plattformen bin ich nicht, hab mal nachgezählt, wie oft ich die Regenbogenflagge persönlich thematisiert habe. Zwei Mal im gesamten Jahr 2024. Bei populistischen, politischen Gegnern taucht das ja täglich auf, auch die Darstellung. Dann frage ich mich, wer legt hier den Fokus auf die Regenbogenflagge. Ich offensichtlich nicht. Die Stadtverwaltung Neubrandenburg tut das auch nur beim Facebook-Account oder unseren social media-Beiträgen, wenn es einen Anlass dafür gibt. Das tun wir aber auch bei allen anderen Aktionstagen, die wir unterstützen und das Neutralitätsgebot dabei nicht verletzen. Also, wer legt hier wohl den Fokus worauf? Das muss man sich fragen. Und das sind rechte Populisten, die einen Fokus darauflegen und sagen: guckt mal, die wollen nur ihre Regenbogenagenda, was das auch immer sein mal, ich weiß es gar nicht, durchsetzen. Stimmt nicht. Forschen Sie nach beim Facebook-Account oder social media-Accounts der Stadtverwaltung, bei mir, da liegt kein Fokus darauf. Bei den anderen schon. Wenn hier von kleinen Themen die Rede ist, dann denke ich, ja, dann bringen Sie die kleinen Themen doch nicht, dann sind hier die kleinen Themen auch nicht in der Stadtvertretung. Sondern, dann sind nur die großen Themen. Das sind ja nicht wir hier vorne oder ich nicht als Oberbürgermeister, der hier über kleine Themen, die Sie jetzt heute so genannt haben, reden möchte. Doch was ich wirklich interessant finde ist, deswegen war Ihr Beitrag für mich wirklich erhellend, Ratsfrau Dr. Balschat. Also, jetzt muss man sich mal vorstellen, wie tief Sie da eingreifen wollen. Wissen Sie, was ich für Flaggen vor dem Rathaus schon gehisst habe und war immer der Meinung, dass ich Sie da in meinem Rücken haben, also, unterstützend. Also, wenn ich zum Equal Pay Day die Flagge hisse, dann ist das doch keine ideologische Flagge, sondern dann ist das ein deutliches Signal, ich danke Christina Küster als Gleichstellungsbeauftragte, dass in diesem Land immer noch was falsch läuft, nämlich, dass Frauen weniger verdienen als Männer. Das ist keine Ideologie, da sehe ich mich verpflichtet, grundgesetzlich verpflichtet, das durchzusetzen und dafür einzustehen. Wo kommen wir denn da hin, wenn ich dafür einen Beschluss brauche, wenn ich mir sagen lassen muss, dass das Ideologie ist, wenn ich mich dafür einsetze. Oder, wenn es um die Gleichberechtigung von Mann und Frau geht. Die steht im Grundgesetz. Schauen Sie sich die Gremienbesetzung mal an. Die ist nicht paritätisch, es gibt keine 50/50-Besetzung in Gremien. Und ich weiß doch wie das insbesondere von der rechten Seite immer wieder so dargestellt wird: ja, gibt ja nicht mal genug Bewerberinnen. Wo kommen wir denn da hin, wenn wir das nicht als unser politisches Ziel setzen, wenn das in unserer Verfassung steht, die Gleichberechtigung von Mann und Frau? Und die führt auch dazu, dass es in den Gremien eine Gleichberechtigung geben muss. Und ich werde mich bis zum letzten Amtstag, und auch darüber hinweg als Person, dafür einsetzen, dass diese Gleichberechtigung durchgesetzt wird, auch in Gremien. Was denken Sie, was ich im Städtetag für Diskussionen erlebe, wo gesagt wird: Na, wollen wir nicht, also, als Ziel erstmal 60/40? Ich bin dann immer außer mir, weil ich denke, wir kann man sich ein Ziel setzen, was eine Frau benachteiligt. Ja, also deswegen werde ich sowohl beim Equal Pay Day als auch bei One-Billion-Rising, wenn es um das sensible Thema Gewalt an Frauen geht, werde ich jedes Mal die Flagge hissen. Und da werde ich keinen Beschluss für brauchen. Weil ich glaube, dass wir da einer Meinung sind. Und jetzt komme ich zu dem Punkt, und bis das so thematisiert wurde von rechten Populisten, stand die Regenbogenflagge oder hing die Regenbogenflagge für Toleranz, für Weltoffenheit, für Akzeptanz. Und ich habe nicht das Gefühl gehabt, dass die Menschen durch's das Bahnhofsgebäude gegangen sind und rauskamen und sich erschrocken haben und dachten: was denn das hier für eine Stadt und sich irgendwie negativ beeinflusst gefühlt haben. Ich habe eher den Eindruck gehabt, dass die Menschen gedacht haben: ja, das ist eine weltoffene Stadt und schön, dass es hier in Mecklenburg-Vorpommern, im vielzitierten ländlichen Raum, diese Weltoffenheit gibt. Weil, wir brauchen sie, schlicht und ergreifend. Wir brauchen sie schlicht und ergreifend. Ich verstehe nicht diese Diskussion. Auch das kommt ja immer wieder: Die Einwohnerzahl sinkt und Neubrandenburg hatte mal soundso viel tausend Einwohner und der Oberbürgermeister hat gesagt, das Ziel soll 70.000 sein. Und gleichzeitig schafft man's nicht, dass in einer vernünftigen, geordneten Debatte mit der Migration übereinander zu legen. Wir haben keine andere Chance. Machen Sie sich da gar nichts vor. Wenn Sie den Rückgang der Arbeitnehmerzahlen sehen, dann wissen Sie, dass diese Stadt nur eine Chance hat, wenn wir eine gute Migrations- und Integrationspolitik

haben. Also, da braucht man doch nicht die Augen vor verschließen. Und wie kann man denn auf die Idee kommen zu sagen, ich nehme ein international anerkanntes Zeichen und versehe das mit dem Wort „Verbot“. Und wenn Sie heute auf die Tagesordnung schauen, da sind keine Verwaltungsvorlagen, wo Verbot, Verbot, Verbot steht. Da sind Fraktions- oder Einzelvertretervorlagen, wo „Verbot“ steht. Das sind aber immer die, die z. B. der ja nicht mehr ganz vollständigen Bundesregierung oder Landesregierung vorwerfen, dass von dieser Seite immer nur Verbote kommen. Ich erleb das gar nicht. Politik muss sich verändern, Politik muss sich an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen und Lösungen dafür anbieten. Und dazu ist es auch mal notwendig, dass man, wenn man weiß, dass fossile Brennstoffe sich dem Ende neigen, dass man alternative Energien aufbringen muss und sie eben dann integrieren muss. Und ob der Weg dahin so klug ist und der Zeitrahmen ... das ist unsere gesellschaftliche Aufgabe. Und da kann man nicht sagen, da ist eine Verbotskultur. Die Verbotskultur habe ich in der letzten Stadtvertretersitzung erlebt. Und ich wünsche mir für diese Stadt sehr, dass es keine Verbotskultur gibt, sondern, dass man den Menschen da draußen zeigt, was für eine tolerante und weltoffene Stadt wir sind. Und das haben die Menschen, die sich für diese weltoffene und tolerante Stadt einsetzen, mehr als verdient, dass wir dieses Zeichen setzen. Vielen Dank.“

Ratsherr **Kreutzer**: „Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Ratsfrauen und Ratsherren, sehr geehrte alle Anwesenden. Die Ratsfrauen und Ratsherren des BSW gehören zu den Miteinreichern dieser Beschlussvorlage. ‚Warum ist das so?‘, könnten sich die einen oder anderen fragen. Das BSW hat sich doch bei der Abstimmung weitestgehend enthalten? Oder, ums mit der, schade, dass Sie gehen, Herr Oberbürgermeister, in den Medien kolportierten Meinung unseres Oberbürgermeisters zu sagen: warum gehören auch wir zu den insgesamt 26 Ratsfrauen und Ratsherren, die diesen scheinheiligen Antrag, so wurde er im Nordkurier betitelt, einbringen? Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich habe lange überlegt, wie ich diese Einlassung zu Ihrem so dringenden Wunsch nach gegenseitigem Respekt einzuordnen habe. Ich suche die Antwort noch immer. Ehrlich gesagt, habe ich die Sorge, dass so weitere Gräben entstehen könnten. Aber um eine sachliche Einordnung zu finden, müssen wir einmal zurückblicken. Ja, auch ich bin der Meinung, der 09.10. war kein guter Tag für diese Stadtvertretung und das Ansehen unserer Stadt, für das wir hier auch verantwortlich sind. Mit dem Beschluss haben wir viel zu viel Interpretationen ermöglicht. Neubrandenburg wurde mit Blick in die Berichterstattung bundesweiter Medien über Nacht homophob, einfältig, grau und hässlich dargestellt. Ja, diese Entscheidung war sehr wohl auch ein Ergebnis einer demokratischen mehrheitlichen Beschlussfassung, wie es ein Kommentar im Nordkurier richtig feststellte. Ja, diese Entscheidung konnte so entstehen, weil es in unseren Reihen des BSW mehrere Enthaltungen gab. Warum eigentlich. Ich wurde oft gefragt: ‚Jens, du musst doch dazu eine Position beziehen‘. Andere haben gesagt: ‚Habt ihr eigentlich auch andere Sorgen?‘ Ja, selbstverständlich steht das BSW für Vielfalt, für Demokratie, für Minderheitenschutz. Wir ändern da auch an keiner Stelle scheinheilig unsere Überzeugung. Wer für Frieden und soziale Gerechtigkeit streitet, der kann gar nicht gegen Vielfalt und Rechte aller Menschen sein. Unser Abstimmungsverhalten war nie gegen Vielfalt oder gegen Minderheiten gerichtet. Unsere Enthaltung kam aus der Überzeugung, dass unsere Energie und Politik darauf abzielen ist, die Lebenswirklichkeiten der Menschen zu verbessern. So streiten wir gerne über den Bau einer Schwimmhalle; damit sind wir noch nicht fertig. Über die Hebesätze dieser Stadt, über den sozialen Wohnungsbau. Wir können über Jugendclubs reden oder wir reden demnächst über die Auswirkung des Zensus, für die finanzielle Stärke unsere Stadt und die Möglichkeiten, auch morgen noch Kultur und Sport, z. B., zu fördern. Und ja, wir streiten mit Blick in die Welt, um die Frage über den richtigen Weg zum Frieden. Das tun wir als BSW insbesondere. Dann sagte man uns: ‚Den Frieden schafft ihr doch nicht in Neubrandenburg. Ihr versteckt euch hinter diesem Argument.‘ Wissen Sie, es gibt wirklich Menschen, die sich um Frieden sorgen, die Angst vor Krieg haben. Und wissen Sie was, die gibt’s auch hier in Neubrandenburg. Das ist keine Erfindung des BSW. Und es macht mich betroffen. Wer ernsthaft meint, dass über Krieg und Frieden nur in Kiew, Washington, Moskau oder Berlin entschieden wird, und, dass uns das hier nichts angeht, der hat die

Friedensbewegung der 80er vergessen oder nie verstanden. Der hat den 22. Oktober 83, den Bonner Hofgarten, vergessen, wo viele hunderttausend Menschen für Frieden und gegen weitere Waffen und Aufrüstung auf die Straße gingen. Und das waren nicht nur Menschen aus Bonn, die kamen aus der gesamten damaligen Bundesrepublik. Und ich glaub schon, dass Meinungen in jedem Wohnzimmer dieser Republik gemacht werden. Meinungen werden auch hier in Neubrandenburg auf den Straßen gemacht. Meinungen werden in unserer Stadtvertretung gemacht. Sie werden auch durch Medien gemacht. Wir lassen uns nicht verbieten, diese Themen in den Fokus zu rücken, wir lassen uns nicht ablenken von diesen überlebenswichtigen Fragen. Wir haben leider gesehen, dass die Auseinandersetzung und Diskussion zu der Regenbogenfahne als Zeichen für Vielfalt an einigen Stellen einmal mehr total verengt wurde. Sie war grade nicht vielfältig. Es gab nur schwarz und weiß und, wir haben es schon gehört, es gab nur: ich bin dafür oder ich bin dagegen. Wenn mir in den sozialen Medien von den Unterstützern dieser Fahne Bilder begegnen, auf denen es heißt, ich zitiere: „Wie kann man nur hassen, dass Menschen sich lieben.“ Dann wird eine Diskussion, in der es um Vielfalt geht, auf einmal einfältig. Wir verengen Debatten, wir kapseln ab, wir verlernen, respektvoll miteinander zu streiten. Das hat diese Debatte auch gezeigt. Und an Sie gerichtet, Ratsherr Großmüller, muss ich sagen, es ist abstoßend, wenn Sie nach dem Rücktritt des Oberbürgermeisters in wirklich sehr einfach formulierter Sprache erklären, dass Ihr Ziel nur gewesen sei, den OB weg zu bekommen. Das sagt viel über Sie aus. Und nun beantragen Sie, eine Fahne wieder aufzuhängen. Ich bin froh, dass Sie diesen Antrag von der Agenda genommen haben. Weil, der war nicht ehrlich, Ratsherr Großmüller. Aber an uns selbst gerichtet sag ich, ja, war es auch, wir hatten eine Lernkurve. Wir sind nicht weit genug gesprungen, wir haben Menschen enttäuscht. Zur Frage von Vielfalt, Demokratie und Minderheitenschutz, muss man sich, müssen wir uns positionieren. All das ist für uns nicht verhandelbar, wir stehen an der Seite aller Menschen. Darum unterstützen wir die Beschlussvorlage und bekennen uns ausdrücklich zu Vielfalt. Und das war nie anders. Wir wünschen uns von der Verwaltung das Ideen entstehen, wie Vielfalt in dieser Stadt sichtbar werden kann. An diesen Ideen arbeiten wir auch gerne mit, das Angebot unterbreiten wir ausdrücklich. Dabei darf es aber nicht allein um die Frage von Fahnen gehen. Wir wollen auch keinen verengten Diskurs, in dem Menschen glauben, und da müssen wir, glaub ich, wirklich aufpassen, dass das Hissen einer Fahne bedeutet, sobald diese ganz oben am Mast angekommen ist, sind auf einmal alle vielfältig. Die Auseinandersetzung der letzten Wochen mit ihrem oft inne liegenden Absolutismus hat doch gezeigt, dass allein wehende Fahnen eben nicht gleichbedeutend sind für Vielfalt. Zum Schluss möchte ich betonen, dass wir alle zusammen hier aufpassen müssen, dass wir den Fokus nicht verlieren. Wir haben Verantwortung für alle Menschen. Als BSW werden wir auch weiterhin die Themen bearbeiten, die allen Bürgerinnen und Bürgern wichtig sind. Wir werden dafür streiten, dass der Kompass sich nicht verrückt. Vielen Dank.“

Ratsfrau **Muth**: „Herr Präsident, Herr Oberbürgermeister. Warum trage ich diesen Antrag? Ich kenne die Frage die da lautet: ‚Ist dieses Thema nicht überhört?‘ Ist es wirklich notwendig, für die wenigen Menschen, die es trifft, extra ein Symbol, wie z. B. die Regenbogenflagge oder andere Zeichen der Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz in Neubrandenburg zu haben? Ist es wirklich notwendig zu betonen, dass die Stadtvertretung sich für Weltoffenheit und Toleranz ausspricht? Und ich weiß um Argumente wie: haben wir nichts Wichtigeres zu tun? Infrastruktur entwickeln, den Haushalt beraten, anwachsende Defizite, um die müssen wir uns kümmern, Grundschulen bauen, Wohngebiete entwickeln, Straßen, Radwege, Innenstadtbelebung, Tourismusentwicklung, usw. Ja, das alles haben wir zu tun und haben auch darüber nachzudenken, welche Investitionen wir zukünftig in Neubrandenburg uns leisten können. Ich höre das Geraune oder das offen ausgesprochene Genervtsein zum Thema Regenbogenflagge bzw. grundsätzlich zur Notwendigkeit von Symbolen zum Thema dieses Antrages. Was weiß ich aber auch? Fast jeder sagt, natürlich bin ich für Weltoffenheit und für Toleranz und Vielfalt, ist doch klar. Wirklich? Kennen wir nicht alle Situationen, wo ein Witz über Minderheiten erzählt wird, wo ein verächtlich ausgesprochener Satz im Raum stehen bleibt, ohne Widerspruch. Und erwischt man sich nicht manchmal selbst, dass man sich fragt: lohnt sich die Mühe, jetzt zu widersprechen oder

denke ich mir einfach mein Teil? Ja, und glaubt denn irgendjemand von uns, dass wir alle nicht urteilen, nicht Vorurteile haben, nicht bewerten gegenüber anders lebenden Menschen, anders aussehenden Menschen; anders kommunizierende, andersdenkende, also, anders seiende? Mit diesen Urteilen und Vorurteilen sind wir alle behaftet. Ja, wir sind es und genau darum sind Erklärungen wie die heutige und das Einfordern von Überlegungen, wie wir zur Sichtbarmachung von Symbolen kommen, so wichtig. Schon, um unserer Willen. Warum? Ich glaube, dass die meisten Menschen, die nicht zu einer Minderheit gehören oder sich ihr nicht zurechnen, oft nicht ansatzweise nachempfinden können, wie es diesen Menschen im Alltag geht. Nicht erleben, was Minderheiten erleben und es auch nicht wissen wollen, weil ihr eigenes Leben oft genug mit Dingen beladen ist, um die sie sich kümmern müssen. Es ist also nicht immer böser Wille. Ja, wir leben in einem Land, in dem Minderheitenrechte manifestiert sind. Angefangen beim Grundgesetz bis hin zu einzelgesetzlichen Regelungen. Ja, wir leben in einem Land, in dem viele furchtbare Regelungen, bis hin zur Strafverfolgung, abgeschafft wurden. Und ja, wir wissen, dass es institutionelle Förderungen zum Minderheitenschutz gibt. Wir wissen somit, dass die Minderheit hier grundsätzlich unbehelligt leben kann. Wirklich? Nein. Die Realität ist eine andere. Und da brauche ich nicht über gestohlene oder andere Flaggen oder verbrannte Flaggen reden. Ich brauch auch nicht über angegriffene Einrichtungen reden. Da reicht es, in die digitalen Medien zu schauen, da reicht es zu hören, wie mit unverhohlener Herabsetzung über Menschen gesprochen wird, da reicht es, sich so manche Autobeschriftung genauer anzusehen und da reicht es schlichtweg, in den Alltag zu schauen. Ich höre, das sich Empören über die so genannte Extrawurst für Minderheiten. Von, die wollen doch immer mehr, von, die wollen unsere Stadtgesellschaft verändern und dominieren mit ihren Themen. Und im Übrigen, wer behauptet, dass der Antrag heute zu Teilen scheinheilig sei, verkennet völlig, dass wir Menschen lernende Systeme sind und es zu uns Menschen gehört, Entscheidungen zu überdenken, dass es nichts mit Scheinheiligkeit zu tun hat, wenn man nachdenkt und Einsicht übt und wenn man auch Entscheidungen korrigiert. Hier ist gar nichts in Stein gemeißelt. Meine Damen und Herren, all solche Bewertungen und Urteile kommen aus dem Denkansatz, dass man seine eigene Lebensweise und Einstellung als die einzige richtige definiert. Dieses Denken und Reden und Handeln, meine Damen und Herren, zerstört, aus meiner Sicht, eines der großen Versprechen unserer demokratischen Gesellschaft: die Gleichheit aller Menschen. Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen. Und genau darum, dass dieser Geist ja Realität bleibt und wird und stärker ausgedrückt wird, darum trage ich diesen Antrag. Danke.“

Ratsherr **Dr. Kubetschek:** „Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Ratsfrauen, sehr geehrte Ratsherren, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, hier und zu Haus an den Bildschirmen. Ich bin nach vorne gekommen, trotz Herzklopfen, weil, wenn man da unten sitzt, dann kann man sich so 'n bisschen in der, ich sag mal, Sicherheit wiegen, weil, man wird nicht gesehen. Ich zeige heute Gesicht. Und wir und Sie sind alle Zeugen eines Streites, eines Streites wegen einer Fahne. Und meine sehr verehrte Kollegin Balschat hat es schon angesprochen. Diesen Streit gab es schon mal vor etwas mehr als 100 Jahren. Da ging's um den Streit zwischen den Kaisertreuen, schwarz-weiß-rot, ja, und der SPD-geführten Regierung über die neue Fahne. Aber, es ging nicht um schwarz-rot-gold sondern, es ging um die rote Fahne. Die SPD wollte die rote Fahne, die Arbeiterfahne, haben und die Kaisertreuen die schwarz-weiß-rote. Und als Kompromiss hat man sich auf schwarz-rot-gold geeinigt. Den gleichen Streit gab's übrigens nochmal kurz vor Genehmigung des Grundgesetzes. Im Grundgesetz steht: Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht. Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und sich nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt. Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat, Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die

Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Das Grundgesetz ist für uns Mahnung, Anweisung und Grundselbstverständlichkeit. Und ich frage Sie, hier im Raum, was unterscheidet inhaltlich in der Forderung oder was auch immer, die Regenbogenfahne von unserer hoheitlichen Fahne? Ich habe auch keine Antwort auf die Fahne. Und damit stelle ich die zweite Frage. Wieso bedarf es dann eines Extrasymbols? Und die einzige Antwort, die mir dazu eingefallen ist, ist folgende – vielleicht gehen Sie ja mit: Wenn man eine Fahne zieht, dann kann man auch sagen, man kapituliert. Jedenfalls hat man das früher so gemacht und die weiße Fahne gezogen. Und vielleicht kann es ja sein, das grade hier kapituliert wird vor einer Regierung in Berlin, die vielleicht das Grundgesetz nicht so umgesetzt hat, wie es vorgegeben ist. Und damit spreche ich jetzt aktuelle Parteien an in Regierungsverantwortung und auch Parteien in ehemaliger Regierungsverantwortung. Für mich ist klar, dass, wenn es etwas braucht heute, in der heutigen Zeit, dann ist das ein Markenzeichen für Vielfalt und Toleranz. Und so lange wir oder ich, keine bessere Beschreibung bekommen, was die Regenbogenfahne sein soll, als das, was unser Grundgesetz auf schwarz-rot-gold abstellt, bedarf es für mich keiner weiteren Diskussion. Ich lasse mich gern eines Besseren belehren. Und der weitergehende Antrag von Kollegin Balschat der hat so aus mir rausgesprochen, weil, ich habe nach Worten gerungen, wie man das ausdrücken kann, was ich fühle. Und, wenn ich von Vielfalt rede und von Toleranz, dann meine ich auch Vielfalt. Aber, nicht festgemacht an einem Symbol, so wie früher. Und ich bin zu DDR-Zeiten sozialisiert worden. Und mein Vater wurde abgeholt und ich habe ihn drei Tage nicht gesehen. Und dann stelle ich mir die Frage, und ich hatte die Ehre, einem guten Freund von mir die letzte Ehre zu erweisen, und wer von Ihnen auch das Glück oder auch die Ehre hatte, mit mir zusammen in der Staatskanzlei in Schwerin gewesen zu sein, Rainer Prachtl, und ich spreche ihn bewusst heute an, wir hatten ihn gefragt, ob er Ehrenbürger von Neubrandenburg sein möchte. Und da hat er gesagt: ‚Lass mal, ist gut.‘ Bescheidenheit ist eine Tugend. Wenn man zurückblickt, was er geschaffen hat, wie er Toleranz, Vielfalt, Respekt, Humanismus in die Welt getragen hat, wo er gewirkt hat, dass auf seiner Trauerfeier in der katholischen Kirche zeitgleich Kerzen sogar in Israel angezündet worden sind für das, was er gebracht hat, dann hat das für mich ein Sendungsbewusstsein, weil das eine Reaktion hervorgerufen hat. Eine Reaktion, eine Emotion mit Tränen, eine Verlustreaktion, wo es traurig war, dass ein Mensch, ein Freund von uns gegangen ist, der sechs Jahre meinen Vater versucht hat davon zu überzeugen, dass er seine Bilder, die er gemalt hat in der DDR-Zeit, die von der Stasi teilweise beschlagnahmt worden sind, dass er sie ausstellen sollte in den Fraktionsräumen der CDU im Landtag. Weil er davon überzeugt war, da steckt so viel menschliche Tiefe drin. Und ich würde mich freuen, wenn wir aufhören uns zu polarisieren indem wir sagen: ‚Die Fahne ist das Diktat, versammelt euch hinter der Fahne, oder ihr seid dagegen.‘ Das ist Bullshit. Das ist weder vielfältig noch tolerant. Das ist einfach engstirnig. Bevor ich ende, ein Wort zu meinen Kollegen der AfD. Sie haben vorhin gesagt, Sie möchten sich enthalten. Für uns steht fest, wenn wir uns irgendwann mal hier enthalten sollten, in dieser Sitzung, dann a) um einen Sachverhalt, wie keine Ahnung, irgendwelche Geschäftsabschlüsse von vor zig Jahren, wo ich nicht dabei war, und b) wenn es um mich persönlich geht. Bei allen anderen Themen erwarten ich und wir, dass man seine Frau, seinen Mann, seine was auch immer steht, einfach seinen Menschen steht und auch mal Gesicht zeigt. Und ich habe hier Puls, das können Sie mir glauben. Und weil der weitergehende Antrag von Kollegin Balschat so viel Inhaltstiefe hat, der Oberbürgermeister hat es gesagt, ich musste mich auch schütteln, weil wir erst um kurz vor halb Drei gelesen haben, ihn jetzt begriffen haben, dank Ihrer Worte, würde ich den Präsidenten bitten zu eruieren, ob eine 10-minütige Unterbrechung möglich wäre, dass jeder in sich gehen kann, jeder für sich nochmal überlegt, wie er damit umgeht. Herzlichen Dank.“

Ratsherr **Dr. Kirchhefer:** „Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrter Herr stellvertretender Oberbürgermeister, sehr geehrte Anwesende. Ja, wie kam es denn eigentlich zu dem Beschluss, der zitiert wurde, im September 2023. Und das wurde ja jetzt herangezogen gedacht und wurde so vermeintlich so dargestellt, als sei es ein Beschluss für die Regenbogenfahne gewesen. Das war es gar nicht. Was war passiert in der Zeit. Ja, es hing eine Regenbogenfahne am Bahnhof, das hatte eigentlich niemanden so richtig groß

bewegt zu der Zeit. Es ist ein Symbol, was an vielen Stellen hängt, was auch an einigen Stellen ein selbstverständliches Bekenntnis ist für Toleranz. Aber, was war passiert zu der Zeit? Die Regenbogenfahne war abgehängt worden, gestohlen worden, okay, aber sie war ausgetauscht worden gegen eine Fahne mit Nazi-Symbolik. Und genau das war das, was uns bewegt hat seinerzeit und wo wir seinerzeit gesagt haben, wir müssen uns dazu äußern. Weil, das wollen wir in der Stadt nicht. Und, dass die Regenbogenfahne abgehängt wurde und ersetzt wurde durch eine Nazi-Symbolik, hängt doch nicht an der Regenbogenfahne. Sondern hat jemand ganz bewusst eine Fahne mit Nazi-Symbolik aufhängen wollen. Und aus diesem Grund gab es einen Beschluss der Stadtvertretung mit einer breiten Mehrheit. Ein klares Bekenntnis in die Stadtgesellschaft rein, aber auch in die weitere Öffentlichkeit. Weil auch das war schon natürlich bundesweit wahrgenommen worden. Also, es ist nicht das erste Mal, dass dieses Thema aus Neubrandenburg rausstrahlt, sondern, da wurden wir auch schon angesprochen: ‚Was ist denn los in der Stadt, da wird eine Fahne mit Nazi-Symbolik aufgehängt.‘ Und das war der Grund, warum wir einen Beschluss für Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit gefasst haben. Um zu sagen, nein, das, was hier den Anschein hat von einzelnen, ist nicht das, was wir in der Stadtgesellschaft leben, wofür wir stehen. Und somit war das ein Beschluss der Stadtvertretung, aber er war getragen in einer Breite der Zivilgesellschaft. Ja, und da stand auch drin, ja, wir bekennen uns dazu, zu der Fahne. Aber, es war nicht der erste Beschlusspunkt, wie das jetzt hier manchmal dargestellt wird und wo dann das so dargestellt wird, als wäre das eine Polarisierung. Nein, es war ein klares Bekenntnis gegen die Feinde der Demokratie, die heutzutage auch an einigen Stellen aktiv sind. Und so kam es zu dem Beschluss und jetzt ist natürlich die Frage, worum geht’s denn bei der Fahne? Natürlich geht’s um Werte. Da kann man sagen, ja, das Grundgesetz auf dem sitzen wir. Ich weiß gar nicht, warum nur Artikel 1 bis 4, also, ich würde da gar keinen Unterschied machen. Natürlich, das Grundgesetz ist die Basis für alles. Und trotzdem fällt es auch vielen Menschen auch bei uns in der Stadt schwer, sich mit Namen zum Artikel 1 des Grundgesetzes öffentlich zu bekennen. Das haben wir auch erlebt. Und insofern ist das natürlich wichtig, dass man sich bekennt. Und ein Symbol für dieses Bekenntnis ist vielleicht die Regenbogenfahne. Aber, das ist ja nicht das einzige. Natürlich können wir auch auf das Schwarz-Rot-Gold auf die Fahne der Revolution von 1848 stolz sein, das haben vielleicht einige auch noch nicht so ganz verstanden, wo die eigentlich herkommt, dass das eigentlich auch eine Freiheitsfahne ist. Aber, hier geht’s eigentlich um mehr. Weil, es ist nicht gegeben, das Grundgesetz ist da, wir kämpfen dafür, immer wieder, der Oberbürgermeister hat’s gesagt, es werden viele Ansprüche, die da formuliert sind im Grundgesetz, noch nicht umgesetzt, so, wie es sein sollte. Und deswegen braucht man manchmal noch eine weitere Symbolik. Und das ist keine Konkurrenz, das ist nichts Ausschließendes. Sondern, das ist was sehr Einschließendes. Und wenn einzelne meinen, sie fühlen sich dadurch ausgeschlossen, dann kann ich das, ehrlich gesagt, nicht nachvollziehen. Weil, wie kann man sich von einem Symbol für Vielfalt, für Frieden, ausgeschlossen fühlen? Das begreife ich wirklich nicht. Und insofern kann ich auch nicht nachvollziehen, warum es einen Änderungsantrag an der Stelle gibt. Der ist nicht weiterreichend, der ist einengend. Der bezieht sich nämlich nur auf die Symbolik Regenbogenfahne, was gar nicht Inhalt der Beschlussvorlage, wo über 20 Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sich da versammelt haben, was da formuliert ist. Und insofern bitte ich um eine breite Unterstützung für den ursprünglichen Antrag. Dankeschön.“

Ratsherr **Großmüller**: „Sehr geehrter Stadtpräsident, meine Damen und Herren. Grundsätzlich geht’s ja um einen Antrag, den ich eingebracht habe. Man muss jetzt dazu sagen, dass jetzt Tim Großmüller nicht als einzelne Person dasteht. Ich bin als einziger Ratsherr gewählt worden. Wir haben sehr viele Leute, die meine Meinung teilen. Ich muss nochmal klar herausstellen, dass wir alle, ich als Person Tim Großmüller, meine Freunde, meine Familie, uns dem Grundgesetz Artikel 1 bekennen. Das nur mal klarzustellen. Wir stehen für Toleranz, wir stehen für Vielfalt. Das mal auch ein Verständnis aufkommt, was wir oder ich persönlich gegen diese Fahne habe. Also, es ist komisch, dass der Antrag wieder von der SPD kommt. Die Fahne ist in den 70er Jahren in Amerika im anglosächsischen Raum entwickelt worden. Die SPD hat mit Nancy Faeser, also ne SPD-Parteifreundin von

Herrn Stieber, 2020 sie zur Staatsräson erhoben. Diese Fahne steht für viele Leute in der Bundesrepublik Deutschland als Symbol der Ampelpolitik und der verfehlten Ampelpolitik. Und deswegen, es ist legitimierte Art und Weise, den Staat angreifen zu können oder auch zu dürfen, zu müssen, und das tun wir hiermit. Indem wir eine politisierte Fahne angreifen. Des Weiteren gab es einen Vorfall, wo viele Bürger, ich weiß nicht, ob sowas an Ihnen vorbeigeht, einer der Mitbegründer und Hauptinitiatoren der LGBTQ-Organisation, wurde im Sommer/Spätherbst festgenommen, weil er Kinder missbraucht hat, weil er Videos ins Netz gestellt hat. Und das ist einer der Gründe, wieso wir diese sexualisierten, politischen Symbole nicht in der Politik haben wollen. Alles wird über die Deutschlandfahne geregelt. Und das sind die Sachen, die uns bewegen. Viele Leute haben mit diesen Symbolen schlimme und falsche Sachen im Sinn, es geht uns nicht um diese Fahne, die Fahne kann nichts für diese Taten. Aber, wir müssen kucken, dass der Kontext immer gewahrt ist. Wir haben nichts gegen Schwule, wir haben nichts gegen Lesben, wir haben ganz einfach was gegen die Sexualisierung der Fahne, wir haben was gegen die Politisierung der Fahne. Zu Herrn Kreutzer möchte ich noch sagen: ich hab ja ein Interview mit Ihrer Vorsitzenden, der Sarah Wagenknecht, gegeben. Die ist ja schablonenmäßig 1:1 bei dem, wo wir auch stehen. Also, es wundert mich, dass Sie, als BSW, jetzt eine Rede halten und so tun, also ... gehören Sie jetzt BSW an, gehören Sie nicht an. Sarah Wagenknecht hat ganz klar gesagt, diese Fahne ist sexualisiert. Der Bürgermeister hat hier in der Stadt Neubrandenburg Demokraten-Demos zum CSD abgehalten, wo die Fahne Hauptmerk seiner Demonstration war und hat auf dieser Demonstration offen gegen legitimierte deutsche Parteien gehetzt, hat sie mit nationalsozialistischen Symbolen verglichen, hat davor gewarnt, dass wir wieder Verhältnisse wie im Dritten Reich bekommen. Das ist Ängste schüren, das ist Gesellschaft spalten, das ist intolerant und das muss bekämpft werden. Deswegen hatten wir den Antrag gebracht. Nicht, weil wir was gegen Schwule und Lesben haben, nicht, weil wir nicht für die Gleichheit der Menschen stehen. Meine Frau ist Libanesin. Ich lebe jeden Tag Toleranz und Vielfalt. Wo tut das einer von Ihnen? Die wenigsten. Ich unterstütze ausländische Unternehmer hier in der Stadt. Finanzamtanmeldung, Unternehmensberatung. Wo tun Sie das? Sie können alle immer toll reden, aber an den Taten, da müssen Sie sich mal messen lassen. Da sind Sie ... (Zwischenruf im Hintergrund) ... Lassen Sie mich doch auch bitte reden, ja. Mehr gibt's dem auch nicht beizufügen. Dankeschön."

Ratsherr **Bromberger**: „Ja, sehr geehrter Stadtpräsident, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Ratsfrauen und Ratsherren. Eigentlich hatte ich nicht vor, noch was zu sagen, aber, sehr geehrter Ratsherr Großmüller. Ich verwehre mich gegen den Vorwurf, dass Menschen aus dem queeren Bereich gleichgesetzt werden mit Pädophilie. Pädophilie ist ein Verbrechen, das gehört geahndet. Und es gibt in allen Gesellschaftsgruppen, egal ob männlich, weiblich, divers, hetero, homosexuell, lesbisch, schwul, inter, keine Ahnung, was noch alles, gibt es überall Menschen, die sicherlich auch eine pädophile Neigung haben. Ich verwehre mich aber dagegen, dass sowas mit einer bestimmten Gruppe in Verbindung gebracht wird. Vielen Dank.“

Ratsherr **Großmüller**: „Herr Bromberger, da pflichte ich Ihnen bei. Aber, wo ist denn die Auseinandersetzung, die kritische Auseinandersetzung mit eines Ihrer Führungsmitglieder dort aus dieser Bewegung? Davon hört man doch auch nichts. Und ich kann Ihnen viele Beispiele aus dieser Bewegung zeigen und sagen. Und die Grünen haben doch auch lange dort ... für diese Paragraphen gestanden, dass Sex mit Minderjährigen nicht strafbar ist. Gibt's doch viele Sachen, die man auch nachweist, das kann man ... ist doch dokumentiert. Es gibt auch, ganz klar, dass einen Kontext gibt, einen zeitlichen Kontext, auch mit dieser Abnahme der Fahne, auch in Beantragung unseres Antrages. Und das geht einher auch mit diesen Festnahmen, die dort in England getätigt wurden, wo mehrere führende Mitglieder dort von dieser Organisation festgenommen wurden. Ich würde Sie mal fragen, was würde denn passieren, wenn das mal aus einem anderen politischen Spektrum dort, dann würde doch auch jeder sich da drüber her stürzen. Es ist aber in den deutschen Medien davon nichts zu hören. Und dann müssen Sie doch nachsehen, dass es auch eine Bevölkerungsgruppe gibt, die das kritischer sieht und die dann auch sagt: ‚Hör zu, wir haben kein Problem mit Toleranz

und Vielfalt, aber wir möchten im Endeffekt keine Symbole mehr, weil Symbole nicht immer unbedingt was Gutes verheißen und jetzt im Zusammenhang auch, dass die SPD diese Fahne dort zur Staatsräson erhoben hat, macht es nicht besser.' Also, dann gehen Sie doch an Ihre politischen Partner ran und schauen Sie doch, dass die Fahne, die eigentlich für eine gute Sache gestanden hat, nicht missbraucht wird. Dankeschön."

Ratsfrau **Dr. Balschat**: „Nochmal ne ganz kurze Anmerkung zu dem Beitrag, den Frau Muth hier abgegeben hat. Der Begriff ‚scheinheilig‘, der stammt von unserem Bürgermeister. Der hat den Antrag, die Beschlussvorlage, die Sie jetzt hier alle so vehement verteidigen, als scheinheilig bezeichnet. Das wollte ich nur nochmal richtigstellen. Denn das ist jetzt da ein bisschen verkehrt rübergekommen. Und, ja, vielleicht, er ist jetzt ja nicht mehr da und kann sich nicht verteidigen. Also, ich finde, dass er in dieser ganzen Debatte auch keine sehr rühmliche Rolle gespielt hat und mit jedem Interview ein bisschen Öl ins Feuer gegossen hat und nicht versucht hat, als Oberbürgermeister die Sache zu befrieden. Und das, denke ich, sollte ein Oberbürgermeister tun. Vielleicht nur als Anmerkung, aber, er ist ja nun nicht mehr da, er kann sich nicht verteidigen. Hab ich eigentlich vorhin sagen wollen, aber, ja, aber Gesicht zeigen ist ja nicht so ganz einfach hier, wenn man so als Gegenspieler im Raum steht. Danke."

Ratsherr **Schwanke**: „Ja, Herr Präsident, Herr stellvertretender Oberbürgermeister, ich fasse mich kurz. Ich hatte an sich einen ganz langen Beitrag vorbereitet. Ich bin einer von denen, die in der letzten Beschlussvorlage dafür gestimmt hat, dass die Fahne abgenommen wird, weil ich in meinem Ausschuss diese Geschichte, die Herr Rainer Kirchhefer hier gesprochen hat, wir haben sie immer mit einer Nazi-Fahne erlebt. Und das hat mich dermaßen aufgeregt und hab auch darum gebeten: nehmt die runter, nehmt eine neutrale Flagge, dann haben wir dieses Feld nicht. Denn damit waren wir auch bundesweit in den Schlagzeilen, das war also eine sehr gute Aussage, Rainer Kirchhefer. Mir haben eigentlich alle Beiträge sehr gut gefallen. Haben meinen Blick auch weiter geschärft. Ich werde meine Meinung dazu nicht ändern, denn das abwägen ist ja hier erfolgt. Was mir nicht gefällt und überhaupt nicht gefällt ist, das halb Neubrandenburg in eine schweigende rechte Mehrheit gesteckt wird, die hier nicht für Toleranz ist. Und das wird auch, dass müssen wir ihm nochmal sagen, wenn er wieder da ist, durch den Oberbürgermeister gestützt. Seit Wochen, guckt euch die Medien an. Also, ich bin wirklich nicht ... ich schätze ihn, ich habe zehn Jahre seine Arbeit geschätzt. Aber, die macht er jetzt in den letzten Wochen kurz und kaputt. Für Neubrandenburg. Und das ist nicht in Ordnung. Dagegen müssen wir uns auch nochmal in der nächsten Stadtvertretung, wenn nicht in Malchin ein Sozialwerk arbeitet, auseinandersetzen. Das geht ja auch nach der Wichtigkeit. Denn die Wichtigkeit ist diese Diskussion, in der Stadtgesellschaft. Und ich lass mich von keinem, ich hab's in der eigenen Familie, ich hab eine 15-jährige Enkelin im Gymnasium, Sie können sich vorstellen, die mit mir diskutiert: Opa ... Ja, die sind natürlich anders eingestellt, aber, ich bin für eine offene Diskussion. Und wenn einer von denen, dies betrifft, sagen kann, dass ich den irgendwo auch nur nicht als offen, als miteinander empfindet, der soll's mir sagen. Aber, ich finde diese Verurteilung der Neubrandenburger Bürger, und ich beziehe mich da jetzt mit ein, wenn man anders abstimmt, dann ist man rechts und dann ist man ... das ist ja zum kotzen, ist so was. Das habe ich in 34 Jahren Stadtvertretung noch nicht erlebt. Und das spaltet die Gesellschaft, wegen diese wunderbaren Fahne – nur von den Farben, ich bin Malermeister."

Ratsherr **D'Aniello**: „Sehr geehrter Stadtpräsident, sehr geehrter Kollege. Sie wissen, ich bin Italiener. Also, ich bin auch Christ, ich bin sehr tolerant auch. Ich habe diesen Zettel auch mitunterschrieben. Habe ich auch gerne gemacht. Aber, ich muss ehrlich sagen, da sind mehrere Parteien, demokratisch alle gewählt von Bürgern der Stadt Neubrandenburg. Ich bin der Meinung, wir müssen dieser Fahne alle zusammen eine Bedeutung geben. Also, wir müssen uns irgendwie, ich möchte nicht sagen Kompromiss finden, aber, wenn wir alle tolerant sind, alle, komplett, also, ich finde auch nicht schön, weil der Oberbürgermeister weggegangen ist, muss ich ehrlich sagen, weil auch diese Situation, letzte Mal war ich in Urlaub, war ich nicht dabei, also, ich habe, ich bin auf Marktplatz, treffe ich jede, dunkel, ...,

weiß, rot, alle Religionen, bin ich mit alle befreundet. Aber ich glaube, wir alle sind gute Menschen, wir alle. Der Kollege, Herr Prachtl haben wir ihm auch keine Minute gegeben im Stadtparlament für ihn, das finde ich auch schade. Also, ich muss ehrlich sagen, er war für alle da, egal, rechts oder links oder Mitte. Das ist auch ein Punkt der Toleranz. Ich stimme zu auch was Herr Schwanke sagt. Wir müssen aufhören damit alle. Und vielleicht brauchen wir keine Abstimmung heute. Wir müssen vielleicht alle zusammen eine Bedeutung geben an diese Fahne und dann können wir alle zusammen entscheiden, was wir machen. Also, ich bin sehr traurig momentan, weil, wir sind schon zwei Monate, reden wir immer gleich, immer gleich. Die Wirtschaft der Stadt geht nicht weiter. Also, wir sind, haben wir auch vorhin gesehen, im Haushalt, haben wir langsam auch Probleme. Und jetzt müssen wir langsam wirklich aufhören. Also, ich bin der Meinung, heute am besten keine Abstimmung finden, wirklich, weil jedes Mal das müssen wir ruhen lassen, die zehn Minuten vielleicht brauchen wir, können wir alle zusammen reden, mit AfD, mit Linke, mit CDU, alle zusammen. Und mit dieser Abstimmung, wer, müssen, also, kommt in die Stadtvertretung, ängstlich zu sagen, was mach ich jetzt. So, wie Herr Schwanke auch gesagt hat: ‚Stimm ich zu, stimme ich dagegen, mag ich das?‘ Wir sind alle gute Menschen, finde ich, warum müssen wir sowas machen? Also, finden wie eine Lösung. Ich bin dafür mit keine, wirklich, Abstimmung, und wir selber mit unserem Gewissen, wie wir umgehen in die Zukunft, mehr Respekt miteinander und mit Ton ein bisschen vielleicht besser als jetzt und eine bessere Lösung zu finden. Weil, ich seh momentan Neubrandenburg sehr gespalten. Und wir können die Stadt noch mehr spalten. Und das ist nicht schön. Also, meine Meinung ist, keine Abstimmung.“

Ratsherr **Herrmann**: „Ja, sehr geehrter Stadtpräsident, sehr geehrte Anwesende. Wir haben ja von unserer Fraktion den Dr. Roman Kubetschek gehört und eigentlich stand für mich fest, dass ich mich zu dem Thema nicht äußere. Aber, die vielen, vielen emotionalen Worte in alle Richtungen, ganz besonders die letzten Worte von Ratsherrn Schwanke, haben mich dazu bewogen, doch was zu sagen. Eigentlich wollte ich mir auf die Lippen beißen. Ich bin in der Nacht nach der letzten Stadtvertreterversammlung in einen dreiwöchigen Auslandsurlaub gefahren. Frau Conny Kapler hat mir das Leben gerettet, weil, ich hatte hier mein iPad vergessen und es ist meine einzige Kommunikationsmöglichkeit, wenn ich außerhalb bin. Das habe ich dann irgendwann in der Nacht bei ihr zu Hause noch abgeholt. Das war ein Fehler. Weil, dann habe ich die nächsten zehn Tage jeden Tag gelesen, was hier in Neubrandenburg und in Deutschland los ist, wegen unserer Fahne oder unserem Beschluss. Und dann ist was passiert, da bin ich so entsetzt und berührt, und das hab ich auch all meinen Freunden und all unseren Kollegen von unserer Bürgerinitiative gesagt: ‚Jürgen, es ist ja nicht nur so, dass die Bürger der Stadt Neubrandenburg, die Leute, die in einem demokratischen Abstimmungsprozess eine andere Meinung zu der Symbolik hatten, in die rechte Ecke stellen, sondern, dass sich ein Ministerpräsident von Thüringen auf der Bühne in seiner Rede hinstellt, im Bild festgehalten, und sagt, wortwörtlich: „Die Nazis in Neubrandenburg verbieten gemeinsam mit dem BSW die Regenbogenfahne.“ Jeder der hier Anwesenden weiß, dass ich nicht beim BSW bin. Was bin ich dann? Jeder der mich kennt weiß, ich bin alles andere als ein Nazi. Ich lebe Toleranz, ich lebe Vielfalt, ich bin Mitbetreiber und Geschäftsführer von dem Gewerbepark RWN. Wir haben dort Künstler, wir haben ausländische Künstler, wir haben einen ukrainischen Künstler, dem lassen wir freies, wie sagt man, der braucht nicht mal ne Miete oder irgendwas zu zahlen. Wir haben einen afrikanischen Trommelkünstler mit seinem Verein, der braucht keine Miete zahlen. Also, es gibt keinen Menschen den ich kenne, der von Anfang an seines Lebens auch so erzogen wurde von seinen Eltern, allen anderen gegenüber tolerant zu sein. Und dann muss ich mir von einem Ministerpräsidenten sagen lassen, ich wäre ein Nazi? Wir leben in einer so gefährlichen Zeit. Und deswegen schließe ich mich den Worten von Frau Dr. Balschat, den Worten von Hans-Jürgen Schwanke und den Worten von Nicola D’Aniello an: ‚Wir müssen Ruhe reinbringen.‘ Und jede Diskussion um diese Fahne führt zu weiterer Spaltung. Und jetzt können die Befürworter der Fahne dafür sein, dass sie aufgehängt wird und in den nächsten zwei Jahren kommen wieder irgendwelche Vollidioten, nämlich, was wirkliche Nazis sind, und nehmen das Ding runter und hängen eine Nazi-Fahne hin. Und darüber sollten wir uns hier in diesem hohen Haus irgendwie einig werden. Weil, ich häng da keine Nazi-Fahne hin, aber ich bin auch kein

Befürworter sonstiger Symbolpolitik. Und ich bin für Toleranz, Weltoffenheit und Vielfalt. Dankeschön.“

Ratsherr **Dr. Kirchhefer**: „Ja, da will ich gerne dran anschließen. Ruhe reinbringen in eine Diskussion. Und genau das ist ja Ziel dieser Vorlage. Und es soll eine Brücke bauen zu denen, die vielleicht sich auch haben so 'n Stück weit mitreißen lassen von einer Argumentation, wenn die das eigentlich genau das Thema Vielfalt, Weltoffenheit, Toleranz ja für sich auch vertreten und denen in dem Moment der Abstimmung die Tragweite, die das bedeutet, weil das eine Symbolik auch hat, nicht bewusst war. Und das glaub ich auch, das glaub ich auch, deswegen bin ich auch sehr zurückhaltend gewesen da, mit Zuordnung, wer jetzt da wie gestimmt hat und, und da Leute oder sich enthalten hat und da in eine Schublade zu stecken. Und jetzt ist eine Chance, sozusagen, zu sagen okay, wir haben jetzt einige Grundwerte definiert, für die wir stehen und wenn das verabschiedet ist, ist die Diskussion an der Stelle ja auch zu Ende. Weil dann entwickelt sich etwas. Das, was jetzt gesagt wird oder kann sich entwickeln, das, was jetzt eingefordert wird in der Zivilgesellschaft, dass man genau diese Diskussion führt. Es gibt einen Auftrag an den Oberbürgermeister, das sichtbar zu machen. Ist ihm ja freigestellt, dazu auch, wen er dazu mit einbezieht, und das wird, kann man ja nur sagen, das wäre gut, wenn er die Stadtvertretung, vielleicht auch noch andere, mit einbezieht genau in den Prozess. Ja. Also, insofern sehe ich jetzt das nicht als etwa ein Pingpong, es geht ja hier auch nicht darum, dass jetzt sofort wieder eine Fahne aufgehängt wird, ein Beschluss rückgängig gemacht wird. Aber, dass man nochmal auch die Chance hat, darüber zu reden, weil, das wurde in der letzten Stadtvertretersitzung nicht gemacht und deswegen wurde auch in der letzten Stadtvertretung hier auch nicht deutlich, was in diesem Beschluss als Begründung ja auch enthalten war. Nämlich, es wurde so getan, als sei die Fahne, die dort hängt ein Grund dafür gewesen, dass eine Hakenkreuzfahne aufgehängt wird. Das stand ja in der Begründung des Beschlusses enthalten. Und ich denke, das ist ja eine Umkehr von Täter-Opfer, könnte man fast schon sagen, die ja letztendlich weit über das hinausgeht, über die Symbolik, dass die Fahne abgehängt werden sollte. Weil, das ist ja eine bestimmte Grundhaltung dort mit formuliert gewesen. Und deswegen ist das jetzt eine Einladung, diese Beschlussvorlage ist eine Einladung, dem Bekenntnis für Weltoffenheit, Toleranz zu folgen und um dann das, was wir uns wünschen, nämlich an der Stelle die Diskussion auch nicht weiter polarisierend zu führen, sondern, dann uns unter diesen Begriffen zu vereinen und sagen: ‚Ja, dafür stehen wir in Neubrandenburg.‘ Dankeschön.“

Ratsherr **Herrmann**: „Nur ganz kurz. Das hat Ratsherr Kirchhefer jetzt auch mehrfach betont und das sehe ich auch alles ein. Aber, sowohl die Frau Dr. Balschat als auch Dr. Roman Kubetschek als auch ich haben gesagt, dass wir zu dieser Symbolpolitik eine andere Meinung haben. Und in der Beschlussvorlage steht ganz klar drin: Die Stadtvertretung bekennt sich zur Regenbogenfahne. Streichen Sie das und ich glaube, es gibt hier eine einstimmige Zustimmung.“

Es liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung zur Schließung der Rednerliste von Ratsherrn Bromberger vor. Stadtpräsident Gesswein lässt darüber abstimmen; dem Antrag wird zugestimmt.

Ratsherr **Bromberger**: „Sehr geehrter Stadtpräsident, Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Ratsfrauen und Ratsherren. Ich würde beantragen, die Rednerliste zu schließen. Ich glaube, grundsätzlich, dass die Argumente ausgetauscht sind und würde den Wunsch, ich weiß nicht, wer es geäußert hat, der 10-minütigen Pause zur Absprache, auch nachkommen wollen und glaube, dass wir das dann auch nochmal vielleicht auch bilateral oder im Gespräch besprechen können, was noch an Redebedarf da ist. Danke.“

Ratsfrau **Dr. Balschat**: „Ja, also ganz kurz nur. Ich fand eigentlich den Antrag oder was Nico vorgeschlagen hat, fand ich gut. Wir sollten uns nochmal verständigen, wir sollten vielleicht auch den Beschluss etwas ändern, damit wir alle damit klarkommen. Also, ich bin da voll

dabei, diese, ich kann mich zur Regenbogenflagge nicht bekennen, das hab ich begründet, und ich würde auch den Beschluss, der sich hier bezieht auf STV 35/12/2023, da rausnehmen. Denn da steht ja wirklich explizit drin, dass die Regenbogenfahne dauerhaft am Bahnhof hängen soll. Das würde ich da auch raus nehmen, weil das wirklich wieder zu Problemen führt und zu einer Spaltung. Ansonsten, denke ich, können wir doch alle damit leben. Und wenn wir das ändern, glaube ich, können wir doch alle damit umgehen. Ob wir das nun heute schon ändern können, weiß ich nicht, wenn wir es nicht ändern können, dann sollten wir, auf Nicos Vorschlag, heute gar nicht abstimmen und das in der nächsten Sitzung machen. Wenn wir's ändern können, ja, dann gerne unterschreiben oder stimmen wir dem zu.“

Ratsherr **Albrecht**: „Ich hatte bei den letzten Ein- und Auslassungen so bisschen das Gefühl, ob alle wirklich gelesen haben, was hier drinsteht. Hier geht's nicht darum, dass wir wieder eine Fahne am Bahnhof aufhängen, sondern, es steht wörtlich drin: ‚Die Stadtvertretung bekennt sich zur Regenbogenflagge als einem internationalen Symbol für Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit.‘ Und es geht in allen Beschlusspunkten geht es gegen Ausgrenzung, Diskriminierung. Ein Beschluss, weltoffen, tolerant, vielfältig. An keiner Stelle, das muss ich mal so deutlich sagen, beschließen wir hier, dass irgendwo eine Fahne aufgehängt wird. Sondern, dass wir gucken, wie diese Stadt die Vielfalt sichtbar werden lassen kann, dass wir wieder eine einladende Stadt werden und, dass wir wieder auch mit positiven Nachrichten in den Nachrichten erscheinen. Das ist im Grunde alles was hier drin steht. Oder aber wir haben unterschiedliche Vorlagen.“

(Gespräche im Hintergrund)

Ratsherr **Dr. Kubetschek**: „Ich würde Kollegin Balschat nochmal bitten, den genauen Wortlaut Ihres Antrages vorzulesen, weil, ich habe gehört, es gab Änderungen. Wenn nicht, reicht mir auch ein ‚Nein, es gab keine Änderungen an Ihrem Antrag.‘“

Ratsfrau **Dr. Balschat**: „Also, Änderungen gab's eigentlich nicht. Ich meine, ich könnte jetzt die Regenbogenfahne da rausnehmen, das heißt: Die Regenbogenfahne soll auch in Zukunft als Zeichen der Vielfalt und Toleranz vor öffentlichen Gebäuden in Neubrandenburg wehen. Das wäre das einzige, was ich rausnehmen könnte, weil wir ja in der Begründung nachher schreiben: Wir brauchen eine Beflaggungsordnung für Neubrandenburg. Und da sollen eigentlich alle demokratischen Kräfte auch ihre Meinung sagen und, welche Fahnen gehängt werden sollen. Das würde dann ja bedeuten, die Regenbogenfahne natürlich, würde die auch wieder ihren Platz finden in der Stadt. Ich bin ja nicht gegen die Regenbogenfahne. Also, das wäre das einzige, was ich rausnehmen könnte. Alles andere würde ich drin lassen. Wir bekennen und zu einer toleranten und weltoffenen Stadt – das ist okay. Wir stehen uneingeschränkt zu unserem Grundgesetz. Die Artikel 1 bis 4 sind die Grundlage all unseres Handelns und unserer Entscheidungen. Dann würde ich die Regenbogenfahne rauslassen und dann 4.: ‚Der Oberbürgermeister wird beauftragt eine Arbeitsgruppe zu bilden, die bis zum 1. Mai 2025 eine Beflaggungsordnung für die Vier-Tore-Stadt erarbeitet.‘ Das wären dann die drei Punkte. Und dann die Begründung, brauch ich jetzt nicht nochmal vorlesen.“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Danke, Frau Dr. Balschat, habe ich das jetzt richtig verstanden? Sie haben damit soeben Ihren Änderungsantrag geändert und der Beschlusspunkt 3 wird gestrichen. Danke. Dann Ratsherr Dr. Kubetschek nochmal.“

Ratsherr **Dr. Kubetschek**: „Ach so, die namentliche Abstimmung, Entschuldigung. Dazu stehen wir.“

Stadtpräsident **Gesswein**: „Auch für den Änderungsantrag?“

Ratsherr **Dr. Kubetschek**: „Ja.“

Es liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung von Ratsherrn Bülow vor.

Ratsherr **Bülow** regt an, zunächst über die Beschlussvorlage und dann über den Änderungsantrag abzustimmen, da die Beschlussvorlage der weitergehende Antrag sei.

Herr **Meyer zu Schlochtern erläutert, dass** in § 13 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung geregelt sei, erst über den Änderungsantrag und anschließend über den ursprünglichen Antrag, der Beschlussvorlage, abzustimmen sei. Die Entfernungsregel sei bei einer Beschlussvorlage mit einem Änderungsantrag nicht anzuwenden.

➔ Die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag ist der Niederschrift als *Anlage 2* beigelegt.

Stadtpräsident **Gesswein**: „Das Abstimmungsergebnis lautet: 16 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt. Und wir kommen direkt zur Abstimmung, zur namentlichen Abstimmung, für den eigentlichen Beschlussantrag. Wir verfahren genauso wie eben.“

Die Fraktion der AfD verlässt den Sitzungsraum.

Die namentliche Abstimmung über die Beschlussvorlage ist der Niederschrift als *Anlage 3* beigelegt.

Stadtpräsident **Gesswein**: „Der Vorlage wurde mit 24 Ja-Stimmen zugestimmt; es gab 3 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen.“

➔ *Anmerkung durch das Büro der Stadtvertretung: nach Sichtung der angerfertigten Aufzeichnungen wird das Abstimmungsergebnis wie folgt korrigiert:
Der Vorlage wurde mit 24 Ja-Stimmen zugestimmt, bei 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.*

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wurde mit 24 Dafürstimmen, 3 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen beschlossen

Beschlusnummer: **STV 3/15/2024**

Die Fraktion der AfD betritt den Sitzungsraum.

TOP 16 Einrichtung von Waffenverbotszonen **Vorlage: BV/VIII/0048 – 1 Änderungsblatt**

Ratsherr **Schnell** bringt die Vorlage ein.

Herr **Modemann** führt aus, dass das Gebiet des Weihnachtsmarktes per Gesetz bereits eine Waffenverbotszone darstelle. Die Polizei gehe zudem nicht von einer erhöhten Sicherheitslage aus. Mit dem Veranstalter des Weihnachtsmarktes sei vereinbart worden, dass privates Sicherheitspersonal im Einsatz sein werde. Der Außendienst des Ordnungsamtes werde zudem verstärkt vor Ort sein sowie zu den Hauptnutzungszeiten am Wochenende eine zusätzliche Bereitschaftsgruppe der Polizei. Die Sicherheit sei für den Weihnachtsmarkt so wie immer gegeben. Herr Modemann sehe rechtlich jedoch keine Möglichkeit, unter den jetzigen Aspekten vor dem Bahnhof eine Waffenverbotszone zu errichten.

Ratsherr **Fink** erklärt, die Fraktion schließe sich der Argumentation von Herrn Modemann an und zieht den Antrag zurück.

TOP 17 Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber **Vorlage: BV/VIII/0079 – 1 Änderungsblatt**

Ratsherr **Schnell** bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert, dass Inspiration dafür die Stadt Burg Stargard gewesen sei, die auf ihrem Bauhof einer einstelligen Zahl von Asylbewerbern die Möglichkeit gebe, sich ein Zuverdienst nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Höhe von 80 Cent pro Stunde zu verdienen. Es gehe darum, Menschen zu integrieren und dazu gehöre auch Arbeit. Im täglichen Umgang mit potentiellen Arbeitskollegen erlernen sie die Sprache und gleichzeitig erhöhe sich auch die Toleranz und Akzeptanz unter den Einheimischen.

Herr **Modemann** führt aus, dass sich die Verwaltung schon mit der Thematik befasst hat und dies auch schon im Ausschuss dargelegt worden sei. Es solle in Erfahrung gebracht werden, welche Kompetenzen bei den Geflüchteten vorhanden seien. Er sei überzeugt, dass die Menschen zur Integration da abgeholt werden müssen, wo sie sind. Problem sei natürlich die Sprache. Es gehe jetzt nicht darum, Probleme aufzuzählen, warum etwas nicht geht, sondern Antworten zu suchen, wie es geht. Und das wird durch die Verwaltung getan, ob mit, oder ohne Beschluss.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** bekräftigt, dass es keines Beschlusses bedarf, da die Aufgabe gesetzlich geregelt sei. Darüber hinaus müssten Anstrengungen unternommen werden, um die Menschen, mit ihren unterschiedlichen beruflichen Qualifikationen, die sie mitbringen oder derwerben möchten, zu integrieren.

Ratsherr **Großmüller** merkt an, dass viele Geflüchtete eine Arbeit im selbstständigen Bereich aufnehmen würden, dass es aber dafür an Unterstützungen, wie Hilfe bei Behördengängen, Mietverträgen, Stromanschlüssen etc. fehle. Er fände es sinnvoll, wenn die Stadt sich hier kümmern würde, so z. B. einen arabisch sprechenden Mitarbeitenden einstellen, um die Personen zu begleiten.

Ratsherr **Bülow** führt aus, dass die Verwaltung sich ohnehin verpflichtet sieht, dem bundesgesetzlichen Auftrag aus § 5 Asylbewerberleistungsgesetz nachzukommen. Er regt an, dass die Verwaltung regelmäßig quartalsweise im Ausschuss für Klimaschutz, Ordnung und Sicherheit oder in der Stadtvertretung über durchgeführte Prüfungen hinsichtlich von Arbeitsgelegenheiten berichte.

Herr **Modemann** nimmt Bezug auf die Äußerungen von Ratsherrn Großmüller. Die Stadt habe in den letzten Jahren viele Initiativen gegründet und unterstützt, um zu erreichen, dass Erstankommende frühzeitig Kontakt und Hilfe bekommen. Es sei auch ein Integrationskonzept erstellt worden. Die Bereitschaft der Verwaltung zur Unterstützung der Integration zeige sich außerdem in der dafür geschaffenen Stelle. Mindestens einmal im Quartal würden alle beteiligten Stellen zusammenkommen, um die aktuelle Situation zu erörtern. Die Frage der Arbeitsgelegenheiten sei nur ein kleiner Teil, aber sie ist einer und dem verweigere sich die Verwaltung nicht.

Ratsfrau **Dr. Balschat** befürwortet den Antrag. Es gibt ihrer Meinung nach keine Diskrepanz zwischen dem vorliegenden Antrag und den Ausführungen von Herrn Modemann.

Auf Nachfrage von Ratsherrn **Großmüller**, ob seitens der Verwaltung Kontakt zu einer Moschee in Neubrandenburg aufgenommen wurde, führt Herr **Modemann** aus, dass seinerzeit unterstützt wurde, dass ein muslimisches Gebetshaus im Reitbahnviertel entstehen konnte und dass es auch Kontakt zum Imam gegeben hätte. Versuche, Kontakte zu halten oder neue zu knüpfen seien bisher aber gescheitert. Er fordert Ratsherrn Großmüller auf, Kontakte von Personen zu benennen, die wirklich mit der Stadt ins Gespräch kommen wollen. Diese wären dann herzlich willkommen, zumal es sehr wichtig wäre, sich u.a. auch über Sicherheitskonzepte auszutauschen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussnummer: STV 3/17/2024

TOP 18 Beflaggung der Fahnenmasten am Bahnhofsvorplatz in Neubrandenburg
Vorlage: BV/VIII/0085

Die Vorlage wurde vom Einreicher zurückgezogen.

TOP 19 Genderverbot in Neubrandenburg
Vorlage: BV/VIII/0087 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Mieth** führt aus, dass es keinen Grund für ein Verbot gebe, weil keine Pflicht zum Gendern bestehe. In einer freien Gesellschaft könne jeder frei entscheiden. Er appelliert an die Ratsfrauen und Ratsherren klug zu handeln und das Verbot abzulehnen.

Auf Bitte des Stadtpräsidenten stellt Ratsherr Großmüller klar, dass der Ursprungsantrag gestrichen wurde und durch das Änderungsblatt ersetzt wird.

Ratsfrau **Muth** spricht sich gegen die Beschlussvorlage aus, da ein Verbot zur Sprache problematisch sei. Maßstab müsse sein, die Freiheit der Sprache zu bewahren. Zudem verweist sie auf die Grundlagendokumente der Stadtvertretung Hauptsatzung und die Geschäftsordnung. Hier wurde geschlechtergerecht formuliert, ohne Sternchen und Sonderzeichen.

Ratsherr **Hanson** äußert, dass es schon immer eine Form der Höflichkeit gewesen sei, beide Geschlechter anzusprechen. Er spricht sich dafür aus, dass Amtssprache nicht gegendert, sondern verständlich sein solle.

Ratsherr **Albrecht** spricht sich gegen den Antrag aus und kritisiert die Grammatik des Antrags selbst.

Herr Modemann stellt klar, dass sich die Stadtverwaltung Neubrandenburg an die Empfehlung des Dudens halte. Dort seien Genderunterstrich, -mittelstrich nicht aufgeführt.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** sieht keinen Anlass dafür, an dieser Stelle ein Verbot zu erlassen. Sprache lebe von Entwicklung und Verbote seien das Gegenteil von Entwicklung.

Ratsherr **Kracht** stellt den Geschäftsordnungsantrag auf das Schließen der Rednerliste. Stadtpräsident **Gesswein** lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen und erteilt anschließend Ratsherrn Dr. Kubetschek als letztem Redner auf der Rednerliste das Wort.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** erläutert seinen Standpunkt, dass nur eine nuancierte Sprache komplexes Denken ermögliche. Im Streit, ob Sternchen bzw. Unterstrich, bekräftige er die Ausführungen von Herrn Modemann zum Duden.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich abgelehnt.
Beschlussnummer: STV 3/19/2024

Stadtpräsident Gesswein stellt die Nichtöffentlichkeit her. Die anwesenden Gäste verlassen den Sitzungsraum.

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

gez. Thomas Gesswein
Stadtpräsident

gez. Heike Witt
Protokollantin